

Berliner Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Annahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expeditoren:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 8.

Sonnabend, den 25. Februar 1888.

II. Jahrgang.

Inhalt:

Arbeitsausbeutung durch Zwischenunternehmer. II. — Untergang des Mittelstandes und Zunahme des Proletariats in Frankreich. II. — Eine Umstürzlerklärung. — Die Frauenfrage im sächsischen Landtage. — Aus dem deutschen Reichstage.

Eine Skizze aus dem österreichischen Proletariatsleben. — Die Frauen der Streikenden bei Pottsville. — Die großstädtische Wohnungsfrage. — Grundbesitzer und Miether. — Maschine und Arbeiter. — Aus Argentinien. — Zum Lehrlingsumwesen.

Politische Nachrichten. — Kleine Mitteilungen. — Vom Berliner Sozialistenprozeß. — Vereine und Versammlungen.

An unsere Leser

richten wir beim Monatswechsel die Bitte, eifrig für die weitere Verbreitung dieses Blattes thätig zu sein.

Die

„Berliner Volks-Tribüne“

sucht in gründlichster Weise alle anstehenden politischen und wirtschaftlichen Fragen vom

sozialistischen Standpunkte

aus zu beleuchten. Mit derselben Entschiedenheit, mit welcher die

„Berliner Volks-Tribüne“

demgemäß die großen, allesbeherrschenden Gegensätze von Kapital und Arbeit behandelt, zieht sie auch alle Einzelheiten der Gewerkschaftsbewegung, der Fabrikgesetzgebung, der Arbeiterversicherung, der Steuer- und Parteikämpfe in den Kreis ihrer Betrachtungen.

Gerade heute, wo das Vereinsleben der Arbeiter gänzlich darniederliegt, erscheint uns ein Wochenblatt wie das unsrige als ein unentbehrliches Aufklärungsmittel des Volkes.

Wir bitten daher, Werktags unter den Arbeitskollegen, des Sonntags im geselligen Verkehr, recht eifrig neue Abonnenten zu werben.

Nach **auswärts** empfiehlt sich bei Einzel-Bestellungen und Bezug von weniger als fünf Exemplaren **Post-Abonnement**. Die „Berliner Volks-Tribüne“ ist eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungs-Preisliste für 1888 und durch jede Post-Anstalt für 50 Pf. monatlich zu beziehen. Auf Verlangen bei der Post-Anstalt des Ortes wird die „Volks-Tribüne“ gegen Nachzahlung von 15 Pf. pro Vierteljahr vom Postboten in's Haus gebracht.

In Berlin wende man sich stets direkt an die Expeditoren. Dieselben liefern die „Berliner Volks-Tribüne“ für 50 Pfennige monatlich jeden Sonnabend Morgen frei ins Haus.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.

Ausbeutung der Arbeiter durch Zwischenunternehmer und Agenten.

II.

Nichts ist leichter, wie sich als „Schwitzmeister“ einer Arbeitsstube im Ostend Londons niederzulassen.

Zuerst bedarf es eines Werkraums; ihn verschafft man sich einfach, indem man die Familienwohnung oder eines von deren Zimmern dazu benützt. Die Nähmaschine erhält man gegen Abzahlung von wöchentlich 2 1/2 Mark. Auf die Kautionsstellung wird vielleicht verzichtet, das Wort einer bekannten dritten Person genügt dem Geschäftshaus. Arbeitskräfte stehen stets im Ueberflusse vor der Thüre, die zugeschnittenen Theile der Kleider stellt das Geschäft, und so kann die Lieferung an den Großunternehmer und dessen Agenten und die Ausbeutung der Arbeiter beginnen.

„Es wird zuweilen — heißt es in unserem Bericht — zu Gunsten der „Sweater“ angeführt, daß sie, wie nun einmal die Verhältnisse im Ostend Londons liegen, noth-

wendig sind, da sie die Arbeit derjenigen organisiren, die sich selber keine Arbeit verschaffen können; damit wird auch der Profit der Zwischenunternehmer gerechtfertigt. Wir haben jedoch gezeigt, daß diese Art der Organisation in der That sehr wenig Opfer und Thatkraft erfordert und daß es besser wäre, wenn sie überhaupt nicht bestände, sondern wenn vielmehr die Arbeiter in einem industriellen Großbetrieb von den Großunternehmern selbst beschäftigt würden, wie dies ja häufig in anderen Landestheilen geschieht. Die Leichtigkeit, mit der man es zum Sweater bringen kann, steigert außerdem die schlimmen Folgen des ganzen Systems. Jeder, der in dieser Branche arbeitet, möchte gern so bald als möglich andere ausschweifen und auf eigene Rechnung liefern. Die Zahl der Schwitzbuden nimmt daher mit staunenswerther Raschheit zu. Es giebt in der That in Whitechapel und St. George's-in-the-East Straßen, in denen fast jedes Haus eine oder mehrere solcher Arbeitsstuben enthält. Der ganze Erfolg ist der, daß unter den Sweaters selber eine scharfe Konkurrenz entstanden ist, welche die Preise drückt und drückt. Die Geschäftsleiter und ihre Agenten wissen das recht gut und spielen daher die Sweater gegen einander aus, um die Preise zu werfen, und meistens gelingt ihnen das auch nur zu gut.“

Der Zustand der Arbeitsstuben oder der Wohnzimmer, die als solche dienen, ist sehr verschieden; meist sind letztere höchst ungesund und starren von Schmutz. In engen Räumen, nicht mehr als 9 oder 10 Fuß lang und breit, die durch den Kesselsfenster, der die Bügeleisen erhitzt, erwärmt werden und in denen Abends flackernde Gasflammen brennen, sind sechs, acht, zehn und selbst ein Duzend Arbeiter zusammengepfercht. Die Forderungen der Gesundheits- und Fabrikgesetze sind ganz außer Acht gelassen und die befehrende Inspektion ist ganz unzulänglich, deren Erfüllung zu erzwingen. Nach einer mäßigen Schätzung giebt es im Ostend Londons mindestens 2000 Arbeitsstuben und von diesen — versteckt, wie sie sind, in den Kammern und Höfen der Gebäude — ist auch nicht ein Drittel dem Fabrikinspektorat bekannt.

Die englische Fabrikgesetzgebung beschränkt bekanntlich die tägliche Arbeitszeit von Weibern und „jungen Personen“ (unter 18 Jahren) auf 12 Stunden, wovon 1 Stunde für Mittag und 1/2 Stunde für Vesper freizulassen sind. Diese Bestimmungen werden aber kaum jemals eingehalten, und die halbe Stunde für den „Thee“ fällt fast immer hinweg; wollte eine Arbeiterin darauf bestehen, so hätte zweifellos die Stunde ihrer Entlassung geschlagen. Thee oder Kaffee wird zwar zubereitet, wenn die Arbeiterin es verlangt, oder sie kann selber die Zubereitung in der Arbeitsstube besorgen, aber sie muß ihre Stiche machen, während sie isst und trinkt.

Wie sollen zwei oder drei Inspektoren hier eine Aenderung herbeiführen können? In Kellern und Kammern, in Höfen, Waschküchen und allen versteckten Plätzen hat sich der Sweater eingemischt; die Arbeitsstuben sind so eingerichtet, daß man beim plötzlichen Erscheinen des Fabrikinspektors die Mädchen rasch im Schlafzimmer oder an einem anderen Ort verbergen kann, den der Beamte nicht betreten darf; dazu erscheint derselbe meist Abends, um nachzuspüren, ob man die Arbeiterinnen zu lange an der Arbeit hält; der Sweater ist darum pflügend genug, durch früheren Beginn des Ausschweifens den Arbeitstag um zwei und noch mehr Stunden zu verlängern.

Den Männern steht nicht einmal dieser geringe, halb illusorische Schutz der Gesetzgebung zur Seite: sie sitzen daher nicht selten 16 Stunden in ihrer Werkstatt, eine Stunde bleibt ihnen davon für ihr Mittagessen frei. Auch achtzehnstündige Arbeitszeit ist nichts ungewöhnliches, und sicherlich sind 14 Stunden der Durchschnitt, selbst in besseren Arbeitsstuben. Diese Stundenzahl gilt aber nur für die Saisonzeit. Letztere dauert drei Monate im Jahre; während der anderen neun Monate sind die Schneider nur halb beschäftigt. Und — welch' eine Umkehr aller geordneten Zustände! — diese stille Zeit ist nicht nur gefährdet wegen des erbärmlichen Einkommens, sondern auch wegen der grausamen Anspannung durch verlängerte

Arbeitszeit. Der Sweater läßt nämlich vielfach alle Aufträge lediglich in den letzten Tagen der Woche ausführen. Er bestellt also vielleicht so viel „Hände“, als er braucht, zu Donnerstag früh mit dem Bemerkten, daß die bestellten Waaren Freitag Abend oder Sonnabend früh fertig sein müssen. Dann beginnt die Arbeitsqual am Donnerstag Morgens sieben Uhr und sie währt die ganze Nacht hindurch, vielleicht bis Freitag Nachmittags, bis 4 Uhr, oft auch bis 6 und 7 Uhr. Für diese Arbeit von 33 bis 36 Stunden erhält der Mann den Lohn für zwei Tage. Wo Männer und Weiber einander in die Hände arbeiten, werden natürlich auch die Weiber in der gleichen Weise ausgebeutet. Da die Juden Sonntags arbeiten dürfen, wenn sie den Sabbath als Feiertag frei hatten, so zwingen findige Sweaters ihre Leute, sich Sonnabend und Sonntag abzuradern. Die Schneider gehören darum auch zu den Arbeitern, die endlich einen Normalarbeitstag auch für Männer in England fordern.

Während unter solchen Verhältnissen tausende von Menschen dahinvegetiren und dahinsterven, steht der Export der Produkte dieser Aermsten in vollster Blüthe. „Ob freilich — schreibt John Burnett in seinem Bericht an das Handelsamt — die Industrie durch einen Export gewinnen kann, der auf einer solchen Grundlage ruht und allein sich hält, das ist eine Frage, die hier nicht erörtert werden soll.“

Auch über den Werth der vorgeschlagenen Heilmittel äußert sich der Labour Correspondent nicht. Um so rückhaltloser thut dies aber David F. Schloß in einer längeren Abhandlung über den gleichen Gegenstand, deren Hauptforderung lautet: Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf diese ganze Hausindustrie und damit Konzentration aller dieser zersplitterten, menschenauszuleidenden Sweaterbetriebe zu großen fabrikmäßigen Unternehmungen.

Alle die Ausschweifer leben davon, daß sie ihre Sklaven länger beschäftigen, daß sie in Höhlen arbeiten lassen, die sonst durch Fabrik- und Gesundheitsgesetze als Betriebsstätten ausgeschlossen sind. Man hebe diese unbilligen Begünstigungen der Zwischenunternehmer auf und sie können sich nicht mehr halten und werden verschwinden. Die besten Kenner dieser Verhältnisse fürchten sich auch vor diesem Schritte nicht; sie sind vollständig überzeugt, daß bei verringerter Arbeitszeit mindestens dieselbe Zahl von Arbeitern in Fabriken Unterkunft finden wird, in Fabriken mit scharfer behördlicher Aufsicht, mit geregelter Arbeitszeit und gut ventilirten, reinlicheren und gesünderen Räumen, als sie die erbärmliche Hausindustrie aufweist.

Wachsende Konzentration des Besitzes und Zunahme der Beschlosigkeit in Frankreich.

II.

5 Der Konzentration des Kapitals folgt die Ueberproduktion auf dem Fuße. Die Ueberproduktion, das Bedürfnis der Großindustrie nach neuen Absatzmärkten hat Frankreich in alle die Kolonialkriege gestürzt, welche Millionen verschlingen und Tausende von Menschenleben dahintragen. Noch ist die Expedition nach Tunis nicht verwunden und schon hat der Zug nach Tonkin ungeheure Opfer gefordert. Ueber 300 Millionen sind für das abenteuerliche Kolonialunternehmen nutzlos verpuscht, die Landesfinder sind dahingemäht worden und — Tonkin hat dafür die Cholera nach Frankreich gesendet. Aber trotzdem lebe der neue Absatzmarkt und die Finanzspekulation auf neue Minen zur Ausbeutung!

Abgesehen von der Kolonialpolitik läßt die Ueberproduktion Frankreich aus einer Krise in die andere fallen. Je größer die Ueberproduktion, desto geringer die Kaufkraft im Lande. Während Fabriken und Magazine von Waaren strotzen, die auf dem internationalen Markte zu wahren Schundpreisen verschleudert werden, leidet der größte Theil des französischen Proletariats an dem Nöthigsten Mangel, liegt auf dem Pflaster, wird in das Lumpenproletariat hinabgestoßen. Frankreich produziert z. B.

jährlich 30 Millionen Paar Schuhe mehr als nötig, und wie viele seiner Kinder gehen nicht barfuß oder mit zer-rissener Fußbekleidung. Seit den letzten Jahren weist Paris allein ein ständiges Heer von ca. 100 000 Arbeits-lofen auf, Bordeaux, Marseille, Lyon, alle industriellen Zentren des Landes haben ansehnliche Reservearmeen.

Während die Steeple-chase von Ueberproduktion, Stockung und Konzentration des Kapitals den französischen Nationalreichtum derartig steigert, daß die Manchester-ökonomen vor Freude schier ohnmächtig werden, wächst der Pauperismus ebenfalls riesig.

Die Konzentration des Besitzes wirft Tausende von selbständigen Existenzen in's Proletariat, die Maschinen- und Fabrikarbeiter in die Reservearmee und das Lumpenproletariat. Nach dem Eingeständnis der reaktionärsten Zeitungen ist die Zahl der Unterstützten in fortwährendem Steigen begriffen, aber trotz ihrer Höhe entspricht sie auch nicht annähernd der Zahl der Unterstützungsbedürftigen. Private und öffentliche Wohlthätigkeit zeigt sich dem Riesenzug gegenüber machtlos, die größten Anstrengungen werden zu Tropfen, die spurlos im Ozean versinken.

Einen Gradmesser für den sozialen Nothstand giebt die Statistik der Nachherbergen für Männer. 1879 fanden in denselben 20 000 Obdachlose Unterkunft, 1882: 30 000; 1884: 50 000; 1885: 56 000 und 1886: 69 000. In einem einzigen Jahre hatte also die Zahl der Beherbergten um 13 000 zugenommen. Man füge zu diesem Heer noch die Hunderte, die täglich unter den Brücken, auf den Bänken der Boulevards und Squares, in den Steinbrüchen vor der Stadt nächtigen und man hat ein annäherndes Bild des französischen Massenelends. Die nächtliche Statistik zeigt an, daß der Nothstand die verschiedensten Gesellschaftsschichten ergriffen. Von den Beherbergten waren 18 202 Tagelöhner und Erdarbeiter, 2313 Maurer, 7373 Restaurant- und Kaffeekellner, 2404 Kolportiere, 2179 Stallknechte, 1605 Schuhmacher, 3009 Handlungsgehilfen und Buchhalter, 1876 Tischler, 1904 Adjusteure, 1405 Schlosser, 3316 Bäcker, Fleischer und Köche, 1244 Kutscher, 61 dramatische Künstler, 41 lyrische Künstler, 20 Akrobaten, 29 Musiker, 14 Pianisten, 31 Maschinisten, 98 Privatlehrer, 50 Hauslehrer, 49 Studenten, 8 Schriftsteller, 10 Journalisten, 228 Schreiber, 204 Bildhauer, 99 Photographen, 29 Architekten. Die Herbergen vertheilten 1886: 16 530 Bons für Suppe und Fleisch und 122 822 Stüde Brod, dazu noch Tausende von Bekleidungsgegenständen.

Jedes Arrondissement hat außerdem seine „Spartaküche“, wo Bedürftigen gegen Bons Brod, Suppe und Fleisch, letzteres in winzigen Quantitäten, verabreicht wird. An den Thoren aller Spitäler, Kasernen, großen Magazine werden allmorgentlich die Speisefeste des vorhergehenden Tages nebst Brod vertheilt. Der Andrang zu diesen Spenden ist so groß, daß es oft zu den heftigsten Szenen, um ein Stück trockenes Brod, kam, die Polizei schaffte Ordnung und läßt jetzt die Bittenden in Reih und Glied antreten. Vor der St. Anne, dem Asyl für Geisteskranke z. B. kann man jeden Morgen Hunderte Halbverhungerte sehen, welche nach geschickter Ausheilung das Trottoir einer ganzen Straße buchstäblich überfüllen und aus den bizarren Gefäßen, Kindertöpfchen, Blumenscherven, Sardinen-schachteln die Suppe löffeln.

Trotz des vielgerühmten Nationalreichtums zeigt ferner das Budget Frankreichs ein Defizit, das mit jedem Jahre ungeheuerliche Dimensionen annimmt. In den letzten Jahren ist es aber zu einer stereotypen Redewendung jedes Finanzministeriums geworden, durch weise Reformen Einnahmen und Ausgaben des Landes in's Gleichgewicht zu bringen. Alle sind an der Aufgabe gescheitert. Die Ausgaben steigen besonders infolge der wahnwitzigen Kriegsausgaben höher und höher und vor ernstlichen Reformen der Einnahmequellen scheut die Regierung zurück, da dieselben auf Kosten des Geldsacks verwirklicht werden müßten. Der größte Theil des französischen Budgets wird durch die indirekten Steuern gedeckt, welche, wie überall, die arbeitende Bevölkerung am schwersten belasten, dem Hauptern nach von dieser allein aufgebracht werden. Umsonst haben die Radikalen bereits mehrmals Aufhebung der indirekten Steuern und ihre Ersetzung durch eine progressive Einkommensteuer gefordert. Ihr Antrag ist als Beleidigung des allerheiligsten Kapitals stets mit Entrüstung abgewiesen worden.

Von der Staatsschuld ziehen aber die wenigen bekannten Milliardäre Nutzen. Nothschild realisirte z. B. von 1823—1847 an Staatsdarlehen 146 Millionen Profit.

Er erhielt	und zahlte	
an Staatsschuld-scheinen	baar	
1823	462 Millionen	413 Millionen
1841	191 „	150 „
1844	235 „	200 „
1847	85 „	64 „

Außer derartigen Gewinnen heimst die hohe Finanzwelt noch den bei weitem größten Theil der Zinsen für die Staatsschuld ein, welche gegenwärtig 1 Milliarde 300 Millionen betragen. Der geringste Prozentsatz dieser Riesensumme wandert in die Tasche kleiner Rentiers und von Leuten, die ein oder zwei Staatspapierchen haben. Wenn die öffentliche Schuld nur ungefähr in dem gleichen Verhältnis weiter wächst, so steht der französische Staat in nicht zu weiter Ferne vor der Alternative, entweder die Zinszahlung für die Nationalschuld einzustellen, oder auf die Verwaltung der Staatsunternehmungen, der Posten, Telegraphen, Bahnen, Forsten u. c. zu verzichten, da er außer Stande sein wird, das nötige Personal zu besolden.

Die Schuld der Stadt Paris gedeiht auch üppig in's Blaue hinein. Während sie noch 1855 nur 15 Millionen

betrug, war sie bereits bis 1881 auf 1 Milliarde 179 Millionen gestiegen. In dem städtischen Ausgabebudget von 250 Millionen figurirt der Schuldzins mit 100 Millionen, die Polizei mit 25 Millionen. Wie bescheiden nimmt sich nicht dagegen das Budget für den öffentlichen Unterricht von 23 Millionen aus! Jeder Einwohner von Paris zahlt für Zins der städtischen Schuld pro Jahr 48 Francs, für denjenigen der Staats-schuld 35 Francs, zusammen also 83 Francs, was für eine Familie von 5 Köpfen 415 Francs ergibt.

Die Zinsen der städtischen Schuld werden durch den Oktroi, die Stadteinnahme, gedeckt. 1856 entrichtete der Kopf der Pariser Bevölkerung 37 Francs dieser Abgabe, 1884 dagegen 70 Francs. Der größte Theil der städtischen Anleihen ist durch die Verschönerung von Paris hervorgerufen worden. Die Kosten der breiten Boulevards, der freundlichen Squares, des gesammten Umbaues der Stadt, welcher den Zweck verfolgte, das rebellische Proletariat räumlich zu dezentralisiren, nach der Peripherie und womöglich aus Paris herauszuschaffen, sind sämmtlich Sous für Sous aus den Taschen dieses Proletariats heraus-gepreßt, ihm an Brod, Fleisch, Gemüse, Wein vertheuert worden.

Und nicht etwa, daß die Pariser Arbeiterschaft im Austausch gesunde und billige Wohnungen erhalten hätte. Die „Kanaille“ paßt nicht in die stattlichen Bauten, welche die Boulevards begrenzen. Für diese sind die alten, verpesteten Löcher in schmutzigen Straßen gut genug, wahre Höhlen, in denen es an Luft und Licht, an reinem und genügendem Wasser fehlt. Die Proletariatsviertel sind die fruchtbarsten Herde jeder Epidemie, hier haust die Cholera mit Vorliebe, hier ist der Typhus ständiger Gast. Die Zahl der Opfer, welche der unheimliche Geselle dahintragt, steigt mit jedem Jahre in dem Maße, wie sich die Lebenshaltung des Volkes verschlechtert. 1865 starben auf 100 000 Einwohner 64 am Typhus, 1876 schon 102, und 1882 gar 143. Seit Anfang dieses Jahrhunderts hat der Typhus mehr Menschenleben gelostet als alle Choleraepidemien zusammen.

Zu all den angedeuteten Faktoren, welche das Terrain für den Sozialismus vorbereiten, wenn sie ihn nicht schon direkt im Gefolge führen, tritt ein anderes Moment, „das eine große Gefahr für die heutige Gesellschaft in sich birgt.“ Es ist die kolossale Anschwellung des geistigen Proletariats. In den letzten Dezennien hat der öffentliche Unterricht, die Volksbildung einen mächtigen Aufschwung genommen, die Presse hat sich entfaltet. Kollegien, Gymnasien, die Fakultäten, dazu Fachschulen und Polytechniken sind den Söhnen der Mittel- und Kleinbourgeoisie entweder unentgeltlich geöffnet worden, oder der Zutritt ist ihnen durch Stipendien, Preise u. c. erleichtert. Und die Hoffnung, eine bessere und angesehenere Staffel der Gesellschaft zu erklimmen, hat bewirkt, daß sich Tausende von jungen Leuten auf die gebotene Gelegenheit gestürzt haben. Jedes Jahr werfen die höheren Lehranstalten aller Art wahre Bataillone von geistigen Kräften auf den sozialen Kampfplatz, welche außer ihrer geschulten Intelligenz, eventuell auch ihrem Ehrgeiz und ihren höheren Ansprüchen an das Leben keine anderen Waffen besitzen. Nur dem geringsten Bruchtheil von ihnen kann die bestehende Gesellschaft Beschäftigung und Brod bieten, je weniger, um so schlechter die Geschäfte gehen, um so länger und öfter die Krisen aufzutreten. In allen Industrien, Handelshäusern, Administrationen reduziert man die Zahl der Beamten, Angestellten, Ingenieure, Techniker, Werkführer. Die Produktion der Intelligenz erfährt aber natürlich keine Einschränkung, im Gegentheil, sie steigert sich mit jedem Jahre. 1887 betrug z. B. die Zahl der jungen Leute, welche eine höhere Lehranstalt absolviert und Zeugnisse erhalten hatten, 27 000; im Sommer 1888 wird sie bereits auf 31 000 gestiegen sein. Zu dieser Armee muß noch die Menge der jungen Mädchen gezählt werden, welche sich als Lehrerinnen, Buchhalterinnen, Schriftführerinnen u. s. f. ausbilden und dem männlichen geistigen Proletariat eine beachtenswerthe Konkurrenz machen.

Nicht etwa, daß die Bourgeoisie aus Liebe zur Volksbildung und Besorgnis für das Allgemeinwohl die Ent-faltung des öffentlichen Unterrichts begünstigte. Aber die Großindustrie, der moderne Produktionsprozess, machte intelligente Kräfte nötig, Direktoren, Ingenieure, Techniker, Chemiker. So heuchelte die Bourgeoisie Interessen für Volksbildung und produzierte zu ihrem eigenen Bedarfe Intelligenzen, wie sie Waaren fabrizierte, und um durch die Konkurrenz die Preise dafür zu drücken, produzierte sie über ihren Bedarf hinaus. Auch diese Art der Ueberproduktion wird sich rächen. Indem die Gesellschaft Intelligenzen heranzieht, die bei höherer Entwicklung und verfeinerten Instinkten dazu verurtheilt sind, im Elend zu leben, schafft sie Unzufriedene, zeugt sie Rebellen gegen die heutige Ordnung, welche Kraft ihrer höheren Intelligenz um so gefährlicher sind. Schon dämmert der Bourgeoisie das Verständnis für diese Situation auf, und sie möchte die Bildungsmaschinerie gern rückwärts drehen, kommt aber mit Einsicht und Bemühen zu spät. Die gesammte französische Bourgeoisie signalisirte im vorigen Jahre die drohende Gefahr durch das geistige Proletariat. Spuller, der damalige Unterrichtsminister, strich aus dem Budget 150 000 Francs für Stipendien an der Universität, setzte aber gleichzeitig die nämliche Summe für die Unterstützung unbemittelter Zöglinge der Fachschulen aus. Die Situation ist folglich durch seinen Beschluß nicht geändert worden, nur hat derselbe die Furcht der herrschenden Klasse ver-rathen.

Die politischen Zustände des Landes wirken in der gleichen Richtung, d. h. den Sozialismus fördernd.

Das Proletariat ist thatsächlich schutz- und rechtslos. Das freie Wahlrecht wird dem Arbeiter durch seine ökonomische Abhängigkeit illusorisch gemacht. Die Schutzgesetze, welche seine Ausbeutung nicht etwa hindern, aber wenigstens in Schranken halten sollen, sind unzulänglich, voller Mängel und Lücken, werden außerdem gar nicht beachtet. Jede politische Einrichtung trägt das Kainsmal des Klasseninteresses aufgeprägt.

Wer angesichts derartigen sozialpolitischer Zustände das Vorhandensein der sozialen Frage in Frankreich leugnen will, ist ein Narr oder ein Heuchler.

Ehrliche Gegner des Sozialismus gestehen ein, daß sich Frankreich auf einer „abstürzigen“ Bahn befindet, an deren Ende zum mindestens der Staatssozialismus steht. Sie rathen deshalb zu Konzessionen, mögen dieselben gleich die bedeutendsten Opfer fordern, da es besser sei, bei Zeiten Etwas großmüthig zu schenken, als sich später Alles nehmen zu lassen. Dieselben Männer treten für Annahme und Durchführung der sofort realisirbaren Punkte des sozialistischen Programms ein. Sie predigen tauben Ohren. Die Bourgeoisie will Alles retten und wird dabei Alles verlieren; wem die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Eine Umsturzklärung.

„Wir halten folgende Wahrheiten für selbstver-ständlich:

daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind;

daß zu diesen Rechten Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit gehören;

daß, um diese Rechte zu sichern, unter den Menschen Regierungen eingesetzt wurden, deren gerechte Gewalt von der Zustimmung der Regierten herkommen;

daß, wenn immer eine Regierungsform dahin führt, daß sie diese Zwecke zerstört, es das Recht des Volkes ist, dieselbe zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, deren Fundament auf solche Grundsätze zu legen, und deren Machtbefugnisse in solcher Weise zu regeln, wie es das Volk am geeignetsten hält, um seine Sicherheit und sein Glück herbeizuführen.

Klugheit gebietet in der That, daß lange bestehende Regierungen nicht wegen unbedeutender oder vorübergehender Ursachen geändert werden sollten.

Aber wenn eine lange Reihe von Mißbräuchen und Usurpationen, die unabänderlich dasselbe Ziel bezwecken, die Absicht darthun, ein Volk unter absoluten Despotismus zu bringen, so ist es ebenso sein Recht, wie es seine Pflicht ist, eine solche Regierung abzuwerfen und für neue Schutzwehren seiner künftigen Sicherheit Sorge zu tragen.“

Diese Aeußerungen würde unser Bürgerthum heute zweifellos als aufreizend verabscheuen. Und sie finden sich — in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten.

Aus dem sächsischen Landtage.

(Die Berechtigung der Frauen zum Studium.)

Wenn man die Verhandlungen des sächsischen Landtages verfolgt, so erhält man von dem herrschenden sächsischen Bürgerthum gerade kein sehr erhebendes Bild. Der Berliner würde die kleinen grün-weißen Bourgeois, die in der Dresdener Kammer das große Wort führen, kaum anders als geistig „vermickert“ bezeichnen — so beschränkt ist ihr Horizont und so kleinlich ihre Auffassung der großen Strömungen unserer Zeit. Wir werden öfter durch Zufindung der stenographischen Berichte über die Kammerverhandlungen erfreut, haben aber stets beim Durchlesen den gleichen Eindruck empfangen.

Die Anwesenheit der sozialdemokratischen Abgeordneten (Bebel, Geyer, Kaden, Stolle, Bollmar) ist hier zu einer wahren Wohlthat geworden, sie hat Leben in die träge Masse gebracht und das Interesse an den Landtagsdiskussionen allgemein bedeutend erhöht.

Auch an der Berathung des Kultusetats am 9. Februar betheiligten sich die Sozialdemokraten energisch. Geyer bewährte sich über die vielfachen Uebergriffe der Geistlichen bei Wahlen und sonstigen Gelegenheiten, über die Erhöhung der Gebühr für die Eintragung in's Dissidentenregister, die Bollmar mit Recht einmal als „religiösen Schützengott“ bezeichnet hat. Die Verwendung von Studenten als Schleppe für die Kandidaten der Kartellparteien kam zur Sprache. Auf die Erörterung der Schulgeldfrage kommen wir später zurück, hier möchten wir nur kurz die Hauptpunkte aus einer Rede **Bollmar's** über das Frauenstudium wiedergeben:

Der Abg. Bollmar äußerte:

„Meine Anfrage geht dahin, ob die Regierung nicht endlich darauf zukommen will, die Landesuniversität, bezw. das höhere, wissenschaftliche Studium überhaupt auch den Frauen zu eröffnen? (Gelächter rechts.)

„Meine Herren auf der Rechten! Ihr Lachen ist ja bezeichnend, aber noch keine Widerlegung! Die von mir aufgeworfene Frage beschäftigt seit langer Zeit weite Kreise und darunter die entwickeltesten Geister der ganzen gebildeten Welt. Einer Sache von solcher Bedeutung gegenüber ist ein einfaches Lachen von geringem Werthe und kann höchstens zeigen, daß wir hier gegen Andere bedeutend zurückgeblieben sind!

„Meine Herren! Es ist nicht meine Absicht, Sie durch einen langen Vortrag über die Berechtigung des Frauenstudiums zu ermüden. Ich will Ihnen nur kurz einige Punkte zu bedenken geben. Als die Frage der

Zulassung der Frau zur höheren wissenschaftlichen Bildung zuerst aufsuchte, begegnete sie allerdings dem allgemeinen Widerspruche der öffentlichen Meinung und insbesondere auch der Gelehrtenwelt. Und das war vollkommen begreiflich. Denn noch stets haben neue Gedanken Widerspruch gefunden und sich im mühevollen Kampfe gegen das Alte Anerkennung erringen müssen. Und selbst wenn die Vorurtheile der Unmutterlichkeit bereits zu schwinden beginnen, so begegnet der neue Gedanke noch den durch das Neue verletzten Interessen und der Gewohnheit, den Vertretern des Ewig-Gestrigen. Mit am allermeisten haben sich gegen das „Eindringen“ der Frauen in die Wissenschaft eine Zeitlang gerade die amtlichen Vertreter der letzteren, die Professoren gewehrt, welche sich von der alten Gewohnheit, daß die Wissenschaft das ausschließliche Vorrecht des Männergeschlechtes sei, nicht losmachen konnten. Welche Gründe führten sie nicht für die Erhaltung des alten Topfes an! Das ganze menschliche und „göttliche Recht“ sollte — wie sich einst Professor Bischoff pathetisch ausdrückte — gegen das Frauenstudium sprechen! Sehr viele der Herren beharren ja noch heute auf diesem überlebten Standpunkte. Aber es findet sich doch immerhin auch schon eine Anzahl gutwilliger Namen der deutschen Gelehrtenwelt, welche einen freieren Standpunkt vertreten, sich für die Berechtigung des Frauenstudiums, in erster Reihe des ärztlichen, erklären. Ich nenne nur die Professoren von Holzendorff, Wislicenus, Weyhenstraf und Andere. Sie anerkennen keinen in der Natur der Frau liegenden stichhaltigen Grund gegen das gleiche Recht der Frau auf Theilnahme an der Wissenschaft.

„Man hat dann gegen das Frauenstudium noch einen weiteren Grund aufgeworfen, welcher sich noch heute, und nach der erkannten Hinfälligkeit der grundsätzlichen Einwände, einer ganz besonderen Beliebtheit erfreut. Man behauptet, daß durch das Eintreten der Frauen die Wissenschaft gewissermaßen herabgedrückt und die Hochschulen leiden würden. Das Beispiel und die Erfahrungen des Auslandes zeigen aber gerade das Gegentheil. Denn nahezu in der ganzen gebildeten Welt, in den fortgeschrittensten und wissenschaftlich höchstehenden Ländern haben die Frauen begonnen, einen mehr oder minder großen Antheil an der Wissenschaft zu nehmen, und nehmen am Hochschulstudium Theil. Da sind zunächst Frankreich und Italien anzuführen. Aber auf das Beispiel dieser Länder ist man freilich bei uns oft nicht sehr gut zu sprechen. Man wendet ein, die Verhältnisse lägen bei uns wesentlich anders, denn die Germanen hätten eine ganz besondere, tiefere Auffassung von der Stellung, Würde und Art der Frau. Da ist nun aber doch zu bemerken, daß gerade die sämtlichen Völker germanischen Stammes — mit einziger Ausnahme der Deutschen — das Recht der Frau auf den Besuch der Hochschulen und die Theilnahme an der Wissenschaft bereits anerkannt haben — durch Gesetz oder Uebung. Es ist wohl allgemein bekannt, daß in der zum größeren Theile echt deutschen Schweiz sämtliche Hochschulen die Frauen als vollberechtigte akademische Bürger zulassen. Ueber das Frauenstudium in Nordamerika, das bereits eine wahrhaft großartige Ausdehnung angenommen hat, brauche ich mich ebenfalls nicht weiter zu verbreiten. England, das konservative, hat sich ziemlich lange gesperrt; aber in neuerer Zeit haben auch die Universitäten Oxford und Cambridge dem Frauenstudium die Thore geöffnet. In den stammverwandten skandinavischen Ländern sind den Frauen sämtliche Universitäten geöffnet: Upsala, Lund, Stockholm, Christiania, Kopenhagen und Helsingfors. In Schweden ist die volle Gleichstellung der Frau mit dem Manne vor der Wissenschaft Gesetz; zahlreiche Frauen unterziehen sich den wissenschaftlichen Prüfungen und empfangen die akademischen Grade.

„Nun, meine Herren, ich denke, wenn die meisten Kulturländer und insbesondere auch die uns nächstverwandten Völker in dieser Frage vorausgegangen sind, warum sollen denn wir Deutsche allein nicht folgen können? Wir werden doch nicht etwa den unerhörten Anspruch erheben wollen, als ob wir ganz allein die Vertreter der echten Frauenwürde und der echten Wissenschaft wären und als ob es außerhalb Deutschlands weder echte Germanen, noch echte Weiblichkeit und Wissenschaft gäbe?

„Uebrigens ist man in mehreren der genannten Länder über das, was ich zunächst angeregt habe, bereits hinausgegangen. Die Frauen finden sich nicht nur als Studenten auf den Hochschulen, sondern nehmen auch bereits — und zwar nicht allein in Amerika — Lehrstühle ein. Eine Anzahl von Frauen sind akademische Lehrer und zwar zum Theil in den sogenannten exakten Wissenschaften, welche zu erfassen den Frauen ganz besonders die Fähigkeit abgespröchen worden ist. Ich könnte Namen von Frauen anführen, welche in der Mathematik, in der Astronomie, in der Heilkunde u. s. w. eine hochgeachtete Stellung einnehmen und vollkommen den Vergleich mit männlichen Professoren von Ruf und Ansehen aushalten. Wir in Deutschland aber wären für's Erste froh, wenn den Frauen mit wissenschaftlichem Streben nur erst Möglichkeit gegeben wäre, die Gelehrtenschulen als Schülerinnen zu betreten. Bereits hat sich eine Anzahl deutscher Mädchen — denen die Ausübung ihres Vorhabens wahrlich nicht leicht geworden ist, da ihr Geburtsland ihnen alle möglichen Hindernisse bereitet — trotz alledem dem Studium gewidmet. Aber sie sind bis zur Stunde gezwungen, sich in das Ausland, namentlich nach der Schweiz zu begeben. Man sieht also, daß es auch am Bedürfnis nicht fehlt.

„Fast man alles dies zusammen, so sollte man doch denken, daß es höchste Zeit wäre, daß auch wir in Deutschland endlich den vorangegangenen Ländern folgen. Ich

glaube auch, daß sich viele — ich spreche selbstverständlich nur von denen, welche über die Sache nachdenken und nicht bloß nachreden, was ihnen ein Winkelblättchen vorspricht — ich glaube, daß sich viele Deutsche darüber klar sind, daß die Sache des Frauenstudiums wohl noch einige Jahre aufgehalten werden kann, daß sie sich nicht für lange, geschweige denn für immer hindern läßt, und daß der Tag kommen wird, wo Deutschland sich bequemen muß, den Fortgeschrittenen nachzuzufolgen. Aber ich meine, daß es für das sonst so viel von seiner Würde sprechende Reich viel würdiger wäre, wenn es nicht — wie in so mancher anderen Kulturfrage — zuletzt hintennach käme und sich von so viel kleineren Ländern überholen ließe. Bis jetzt ist jedoch noch so gut wie nichts in dieser Richtung geschehen. Allerdings hat man im vorigen Jahre durch einen Aufsatz in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erfahren, daß der preussische Unterrichtsminister sich lebhaft für die Frage des höheren Mädchenunterrichts interessirte und sich bereit erklärt habe, die wissenschaftliche Ausbildung der Frauen zu fördern. Würde diese Förderung über die zunächst in's Auge gefasste Angelegenheit der Ausbildung höherer Lehrerinnen hinausgeführt, so könnte man sich folgerichtig bald auch der Anerkennung der Berechtigung des Hochschulstudiums der Frauen nicht mehr entschlagen. Wie dem aber auch sei, so ist es nach meiner Meinung höchste Zeit, daß die deutschen Hochschulen den Frauen zugänglich gemacht werden.“

Der Staatsminister v. Gerber erwiderte natürlich darauf, „daß wir auf dem Standpunkte stehen und wahrscheinlich auch stehen bleiben werden, daß die Frauen nicht zum Besuch der Universität zugelassen werden sollen.“ Der Abg. Uhlemann (Sörlitz) motivirte das dann noch näher damit, „daß wir doch unseren Frauen den Beruf als deutsche Hausfrauen wahren wollen. Soweit ihnen angemessene Thätigkeit über diesen Beruf hinaus möglich, hat der Staat diese unterstützt durch die Möglichkeit, Lehrerin sein zu können. Aber, meine Herren, ich glaube kaum, daß wir so weit gehen können, als dies in den Staaten geschieht, die uns der Herr Abg. von Vollmar mittheilte. Denn, meine Herren, ich glaube, es ist die Eigenthümlichkeit des deutschen Stammes, daß die Familie vor allen Dingen gehegt und gepflegt wird, daß nicht die Frauenarbeit der Männerarbeit gleichgestellt werde oder gar, wie in Amerika, wo der Mann die Hausfrauendienstleistungen meistens wohl leisten muß.“

Herr Uhlemann kann es allerdings in Sachsen am deutlichsten sehen, wie man „die Familie hegt und pflegt“ — indem man die billigen Frauen an die Arbeit spannt und die theuren Männer entläßt. Das nennt diese erbärmliche Heuchelei bang „unseren Frauen den Beruf als deutsche Hausfrauen wahren“!

Das Sozialistengesetz im Reichstage.

Die Sozialistendebatten machen dem Reichstag und dem Bundesrathe fortgesetzt zu schaffen. Am Freitag fand die dritte Lesung des Ausnahmengesetzes statt, am Sonnabend kam der Rechenschaftsbericht über den Belagerungsstand in Stettin und Offenbach zur Verathung. Wichtige Ereignisse sind natürlich aus beiden Sitzungen nicht zu vermelden.

Am Freitag bemühten sich der Kriegsminister und Herr von Puttkamer um die Wette, den sozialdemokratischen Abgeordneten einige Unrichtigkeiten in ganz nebensächlichen Details ihrer früheren Reden nachzuweisen. Herr Bronsart v. Schellendorff ist dies auch zweifellos in einem Falle gelungen: es war ein Irthum, daß der Polizeicommandant von einer militärischen Behörde die Mittheilung erhalten habe, nach Einföndung von 150 Mark sei seine Desertion als gebüßt zu erachten; vielmehr lautete das Schreiben des Regimentskommandeurs dahin, daß Haupt zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt und für immer als Deserteur erklärt sei. — Das hat jedoch für die Kennzeichnung des Wirkens von Haupt und des Verfahrens der preussischen Polizei keinerlei Bedeutung und der Abg. Bebel war außerdem mit den in Betracht kommenden Aktenstücken im Reichstage erschienen, um selber seine irrige Auffassung zu konstatiren. Es charakterisirt nur die verzwiefelte Lage, in welche die Konservativen gerathen sind, wenn sie sich an diesen Strohhalmen klammern.

Herr v. Puttkamer bestritt, daß der famose Ehrenberg jemals mit der preussischen Regierung in geschäftlichen Beziehungen gestanden habe — ob auch mit den elsässisch-lothringischen Behörden, darüber ließ der sonst so gesprächige Minister des Innern nichts verlaufen. Ferner betonte er, daß Schröder die „Freiheit“ niemals im höheren Auftrage habe drucken lassen. Der Abg. Singer erwiderte mit Recht darauf: „Wir haben konstatiren können, daß der Schröder thatsächlich den Druck der „Freiheit“ bestellte hat, daß er erklärt hat, er betreibe das Geschäft als Schreiner nur zum Vorwand, und daß er außer dem Gehalt, welches ihm die preussische Polizei gezahlt hätte, weiter keine Einnahmen habe. Nun frage ich Sie, meine Herren, halten Sie es für denkbar, daß irgend ein Anderer sich das Vergnügen machen wird, Herrn Schröder neben seinem Verdienst von der preussischen Polizei noch dafür zu bezolden, daß er die „Freiheit“ drucken läßt? Im Uebrigen hat Herr v. Puttkamer in der Kommission doch das eine zugegeben, daß seitens des Schröder eine Anfrage an seinen Auftraggeber gelangt ist, ob er nicht den Druck der „Freiheit“ fertig stellen sollte, ob er nicht die „Freiheit“ drucken lassen sollte. Das hat Herr von Puttkamer in der Kommission erklärt. Nun ist es doch wunderbar, daß ein solcher Mensch ohne jeden Hinterhalt zu diesem Antrag kommen sollte. Ferner steht das eine

unwiderleglich fest, daß Schröder bis in die letzten Tage, bevor seine Verhaftung erfolgt ist, noch 200 Nummern der „Freiheit“ verbreitet hat; und daß er denselben Schaden mit der Verbreitung der „Freiheit“ anrichten kann, wie damit, daß er als Vermittler des Druckes figurirt, darüber wird kein Zweifel sein.“

Da sich alle Ausführungen der Gegner um Nebensächlichkeiten bewegten, so unterlassen wir ein näheres Eingehen darauf und wollen nur aus der Rede Bebel's den Passus über die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu Hödel und Nobiling wiedergeben, da die hier angeführten Thatsachen zur Widerlegung verleumdeterischer Gegner nicht oft genug in's Gedächtnis zurückgerufen werden können. Bebel äußerte:

„Hödel und Nobiling waren nach der einmüthigen Erklärung der gegnerischen Parteien und der Regierung 1878 Affiliirte und Mitglieder der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie war die moralische Urheberin der Attentate, und als die moralische Urheberin derselben mußte sie mit Recht von diesem Standpunkte aus mit dem Sozialistengesetz betroffen werden. Nun hat die „Kölnische Zeitung“ im vorigen Frühjahr über die Entstehung und Verbreitung des Anarchismus mehrere Artikel veröffentlicht, und am Schluß dieser Artikel, die, beiläufig bemerkt, auch vom „Leipziger Tageblatt“, einem echt sozialistenfresserischen Blatt, abgedruckt wurden, befand sich folgendes Geständniß: „Nach allem, was über die Stellung von Hödel bekannt geworden sei, sei es allerdings ein Unrecht, zu erklären, daß die Sozialdemokratie für das Attentat verantwortlich gemacht werden könne. Es sei vielmehr als feststehend anzunehmen, daß das Attentat ein anarchistisches gewesen und gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer gerichtet gewesen sei, und zwar mit in der Absicht, der Sozialdemokratie und ihren Führern nach Möglichkeit zu schaden. Was Nobiling betreffe, so seien über dessen Persönlichkeit heute noch die Akten dunkel. Das eine stehe fest, daß er zur Sozialdemokratie in keiner Beziehung gestanden habe.“ — Das entspricht ziemlich vollständig den Thatsachen. Ich habe hier vor allen Dingen zu konstatiren, daß Hödel bereits im Frühjahr des Jahres 1878, wo er sich in Leipzig aufhielt, von unserer Partei mit Schimpf und Schande ausgestoßen wurde, weil er sich als ein moralisch ganz verkommenes Subjekt erwiesen hatte. Hödel ist dann zu unseren Gegnern gegangen und hat über uns sogenannte Enthüllungen gemacht, die, wenn ich mich nicht täusche, im „Leipziger Tageblatt“ veröffentlicht wurden. Hödel hat dann, ausgestattet mit dem Gelde unserer politischen Gegner, die Reise nach Berlin unternommen, wo er in die Reihen der Christlich-Sozialen, in den Stöder'schen Verein, als Mitglied eingetreten ist. Bis zum Attentat war er Mitglied dieses Vereins; das ist festgestellt durch einen früheren Parteigenossen des Herrn Stöder und gewissermaßen den Intimus desselben, den bekannten Schneider Grüneberg. Fast alle Berliner Zeitungen haben damals von dieser Erklärung Notiz genommen. Daß auch Nobiling in den christlich-sozialen Verein aufgenommen war — und es wurde auch eine bestimmte Listennummer genannt, unter der er als Mitglied aufgenommen war, die aber nach dem betreffenden Attentat verschwunden sein soll — steht nach der Behauptung Grüneberg's fest. — Jedenfalls ist damals die ungeheure Aufregung, die im deutschen Volk mit Recht über die beiden unmittelbar aufeinander folgenden Attentate hervorgerufen war, von unseren Gegnern in schamlosester Weise ausgenutzt worden gegen die Sozialdemokratie, um endlich Gelegenheit zu haben, der verhassten Partei etwas am Zeuge fäden zu können. Es galt, ein Mittel zu finden, damit man ein Ausnahmengesetz gegen sie erlassen könne, damit sie endlich in ihrer Agitation gehemmt, mundtot gemacht, vielleicht vernichtet werden könnte. Heute hören wir von diesen Attentaten fast nichts mehr, man streift dieselben nur leicht hin.“

An der Debatte über die Rechenschaftsberichte der preussischen und hessischen Regierung beteiligten sich die Sozialdemokraten Frohme und Sabor. Beide zogen sich Ordnungsrufe seitens des Präsidenten zu, ersterer, als er seine Ausführungen dahin zusammenfaßte, durch die heutige Praxis und ihre Begründung füge man zur Gewalt auch noch die Heuchelei — letzterer, als er von dem „verdammenswerthen, schandwürdigen“ Ausnahmengesetz sprach.

Eine urkomische Rolle spielte dabei der national-liberale Abg. Böhm, der bekanntlich Liebknecht in Offenbach verdrängt hat und der die Sozialdemokratie vom Standpunkte des überwundensten Urphilisters aus auffaßt und kritisiert. Zur Erheiterung unserer Leser geben wir einige Stellen aus seiner oratorischen Meisterleistung wieder. Hören wir Herrn Böhm: „Der Wahlkreis, dem ich angehöre, und die Gegend ist eine von denjenigen, bei denen sozialdemokratische Agitatoren sich schon mit am allerfrühesten festgesetzt hatten. Deshalb ist vielleicht ein Rückblick auf diese früheren Zustände nützlich und erlaubt. Ja, meine Herren, wie war es denn damals? Damals war eine wüste Agitation seitens der sozialdemokratischen Partei (Zuruf von Seiten der Sozialdemokraten) — wüste Agitation; ich werde das beweisen, ich werde Ihnen einige Beispiele liefern, seien Sie nur ganz ruhig! Ich sage: eine wüste Agitation, und wer sich davon überzeugen will, dem kann ich vielleicht später in dieser Weise dienen. Man wird mir freilich sagen: ja, das waren nicht Sozialdemokraten, das waren damals schon Anarchisten. Darauf erwidere ich: zu jener Zeit gab es noch gar keine Scheidung zwischen diesen Parteien. Meine Herren, Versammlungen, worin Haß und Zwiethracht gepredigt wurde, waren damals an der Tagesordnung. Die haben höchst-

lich nicht allein in der Stadt selbst, sondern in der ganzen Umgegend stattgefunden. (Schauderhaft!) Da hieß es nach den damaligen landläufigen Phrasen: das Geld und der Besitz, den die Arbeitgeber haben, der ist auch nur abgestohlen; ihr seid es, die mit eurem sauren Schweiß diese reich gemacht haben. Natürlich verschwiegen wurde, daß zur Organisation einer Industrie nicht allein auch die wirklichen Handarbeitkräfte gehören, sondern dazu auch Kopfarbeit und Arbeit mit der Feder nötig ist, daß es auch nötig ist, daß Absatz herbeigeschafft wird für diejenigen, die arbeiten, die etwas verdienen wollen. . . . Ich wollte auch darthun, daß auch bei uns keine Veranlassung für solche Äußerungen da war, da bei uns gerade die Arbeitgeber sich alle (!) aus kleinen Anfängen emporgearbeitet haben. Ich wollte auch außerdem konstatieren, daß diese Aufregungen auch zu wirklichen Ausbrüchen geführt haben. Ich erinnere an den **Aufstand in Frankfurt**, dem die **Aufstände in Stuttgart und Mannheim** vorhergegangen sind (Zuruf von Seiten der Sozialdemokraten), der **Viertravall!!!** — Wir wollen diesen wackeren Volksvertreter aus seiner unschuldigen Unwissenheit nicht reißen, sondern ihm in christlicher Nächstenliebe nur wünschen, daß seine Kopfarbeit etwas über dem Tarif gelohnt werde, da er sonst dabei verhungern könnte.

Politische Nachrichten.

Ueber die Dauer der Reichstags-Session scheint jetzt endgiltig entschieden zu sein. Die geschäftliche Behandlung des Gesetzesentwurfes betr. die Wirtschaftsgenossenschaften sollte den Bundesrath schon gestern beschäftigen. Die Vorlage soll dem Reichstage in kürzester Zeit zugehen. Die Alters- und Invalidenversicherung wird den Reichstag in dieser Session nicht mehr beschäftigen. Der Schluß dieser Session kann demnach — zum ersten Male wieder seit 10 Jahren — gegen Mitte März stattfinden.

Selbst die Pommern scheinen in der Politik unserer Konservativen ein Haar gefunden zu haben. Seit 1867 entsendet der Kreis Greifenberg-Rammin in der Wollse gefärbte Konservative in den Reichstag; auf v. Thadden folgte v. Wöbke, auf diesen v. Köller. Freikonservative und Nationalliberale haben etliche Male versucht, den Kreis zu gewinnen, aber ohne Erfolg, selbst in jenen Jahren, als die Regierung ihre Hand von den Konservativen abgezogen hatte und 1878 erlebten sie sogar mit einem Ministerkandidaten, dem Edelkath, ein Fiasko. Die Fortschrittspartei hatte, sich nie in diesen pommerschen Burgkleden gewagt, die Wahlstatistik verzeichnet nicht eine einzige für sie abgegebene Stimme in 21 Jahren. Jetzt war durch die Ernennung des Herrn v. Köller zum Polizeipräsidenten in Frankfurt eine Ersatzwahl notwendig geworden und da glaubten die Freisinnigen einmal ihr Glück und zugleich die Wirkung der Kartellpolitik probiren zu sollen. Die Konservativen waren gespalten; ein Theil blieb der Dynastie Köller treu und stellte den Bruder des seitherigen Abgeordneten als Kandidaten auf, eine Minderheit wollte von solcher Thronfolge nichts wissen und erkor einen Herrn v. Normann; der freisinnige Kandidat war der durch frühere richterliche Amtstätigkeit im Kreise bekannte Stettiner Stadtsyndikus, Herr Kohli. Die Wahl war am 21. Februar und wie feierten die pommerschen Gardetruppen der äußersten Rechten den „glorreichen“ Siegesstag von 1887? Sie gaben für Köller II. 3732, für Normann 1161, zusammen 4893 konservative und 3492 freisinnige Stimmen ab. Wahrscheinlich kommt es — bemerkt die „Frankf. Ztg.“ — zur Stichwahl, es wäre das der erste Fall eines zweiten Wahlganges in diesem Kreise. Woher kommen diese Tausende oppositioneller Stimmen in einem überwiegend ländlichen Bezirke, auf den sich die Segnungen der konservativen Agrarpolitik doch

gewiß reichlich ergossen haben? Sollte just dieser Segen von der Landbevölkerung anders empfunden werden, als von den Großgrundbesitzern oder hat sich das Fehlen eines so „schneidigen“ Landraths, wie Herr v. Köller I. war, so empfindlich gerächt? Diese Fragen lassen sich aus der Ferne nicht mit Sicherheit beantworten, wohl aber darf man angesichts des überraschenden Wahlergebnisses sagen: Wenn das schon am ersten Jahrestag des Kartellsieges an dem grünen Holze pommerscher Gefinnungstüchtigkeit geschieht, was wird sich erst nach abermals zwei Jahren an dem dünnen Holze der Kartellära ereignen.

Zum Quittungsbuch der Alters- und Invalidenversicherung bemerkt die zünftlerische „Baugewerkszeitung“: „Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, daß der Arbeiter ein hantirbares Quittungsbuch erhält, welches jeden Augenblick leichten Aufschluß über seine Erwerbsthätigkeit giebt.“ Herr Staatssekretär v. Böttcher mag hieraus ersehen, daß die Innungen wenigstens recht sehr daran denken, dem Quittungsbuch den Charakter eines Arbeitsbuches zu geben. Es werden also dagegen sehr sichere Maßregeln zu ergreifen sein. Die Arbeiter aber sehen daraus die Nothwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens gegen diese Quittungsbücher, also: Alle Mann auf zum Protest gegen die Einführung der Quittungsbücher.

Die Lage der darbenenden Fischer und Gaidebauern auf der westschottischen Insel Lewis ist am Dienstag im englischen Unterhause durch den Abgeordneten Cameron zur Sprache gebracht worden. Cameron sowie eine Anzahl anderer schottischer Liberaler, darunter Trevelyan, vertraten den Standpunkt, daß die Bedrängniß der Crofters (Kleinbauern) durch ihre Brodlosmachung und die Umwandlung der verödeten Ländereien zu großen Hirschegelegen herbeigeführt und so die in dem bekannten Hirschkriege zu Tage getretenen Ausbrüche der Volksleidenschaft natürliche Empörungen gegen einen ungerechten Zustand seien. Von den torjistischen (konservativen) Regierungsvertretern wurden aber, wie das auch gegenüber dem Zehntenkriege in Wales und den weit ausgebreiteteren irischen Unruhen von jeher geschehen ist, alle Gewaltthätigkeiten der hungernden Inselaner auf die Aufhebung durch bössartige Agitatoren zurückgeführt. Wenn die Leute auf der Insel ihr Auskommen nicht finden könnten, so bleibe ihnen nur übrig, nach den Kolonien auszuwandern, meinte Balfour. Dazu wolle die Regierung gern ihre Beihilfe gewähren, sonst aber halte sie eine Unterstützung der Bevölkerung für überflüssig und schädlich. Die Schotten erwiderten, daß ein Staat jedenfalls zunächst die Pflicht habe, im eigenen Lande dem Volke Raum zum Nahrungserwerb zu schaffen, ehe er berechtigt sei, sie auf die Wanderung zu schieben. Da aber die bestehenden Landgesetze es seien, die eine richtige Ausübung der Bodenschätze in Großbritannien hinderten, so sei es nothwendig, zuerst da eine bessernde Hand anzulegen.

Der Leipziger „Buchhändler“ **Rebel** — lesen wir in verschiedenen Arbeiterblättern — welcher kürzlich als Polizeispigel entlarvt worden, wurde im Rosenthal bei Leipzig erhängt aufgefunden. Jurist vor Strafe wegen Nothzucht an Kindern, Schwindeln und Betrügereien sollen den „Nicht-Gentleman“ zu diesem anerkennenswerthen Schritt veranlaßt haben. — Wir bemerken dazu, daß Rebel schon seit Jahren als Werkzeug der Polizei bekannt war. Als wir noch in Leipzig studirten, brachte er einen unserer Freunde in das Untersuchungsgefängniß, einen anderen zur Ausweisung. So unansehnlich dieser Mann war, so angesehen war er bei der Polizei.

Dem Kassirer der Berliner Zahlstelle des Deutschen Fiskusverbandes ist folgende polizeiliche Verfügung zugegangen: „Euer Wohlgeboren wird hierdurch unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 22. August 1887 — P. J. III. d. 2505 — eröffnet, daß die hiesige Zahlstelle des Deutschen Fiskusverbandes wegen Mangels der staatlichen Genehmigung hiermit von Aufsichtswegen geschlossen und jede anderweitige Fortführung derselben ohne die vorgeschriebene Genehmigung zur Vermeidung der gesetzlichen Folgen untersagt wird. — Der Polizeipräsident v. Richthofen.“

Einberufung von Oekonomiehändwerkern. An den Abgeordneten Sabor waren aus seinem Wahlkreise mehrfach Anfragen und Beschwerden von ehemaligen Oekonomie-Handwerkern gekommen, die jetzt als Referenten die Einberufung zu einer achtwöchentlichen Uebung erhalten haben. Eine Maßregel, die durchaus ungewöhnlich ist. Der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf hat dem Abgeordneten Sabor in einer Unterredung bereitwilligst Auskunft gegeben und mitgetheilt, daß die Militärverwaltung allerdings die Oekonomie-Handwerker jetzt brauche und daher insgesamt 5000 als Referenten eingezogen habe.

Polizeilich nicht genehmigt wurde die für Sonntag Vormittag nach dem Rindischen Saale in der Köpcke'schen Straße einberufene öffentliche Versammlung der Schmiede Berlins und Umgegend, welche dazu bestimmt war, über die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit zu beschließen und eine Lohnkommission zu wählen. — Ferner die zu Montag, den 20. d. M., anberaumte Versammlung des Fachvereins der Lithographiesteinschleifer, zu welcher auch Damen der Zutritt gestattet sein sollte. — Ferner eine von Herrn Brill zu Dienstag, den 21. Februar, einberufene Volksversammlung, welche im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37, mit der Tagesordnung: „Die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter“ stattfinden sollte. — Ferner eine öffentliche Versammlung der Gas-, Wasser- und Heizungsrohrleger, welche über die Lohnaufbesserung in der diesjährigen Bauperiode beraten sollte.

Literarisches.

Von der **Illustrirten Kulturgeschichte** **Friedr. v. Hellwalds'** (Verlag von Schmidt und Günther, Leipzig) liegen die neuesten Hefte 8—10 vor. In denselben wird die Geschichte des Hauses und Hofes fortgeführt. Von einer ausführlichen Schilderung des altitalischen Hauses treten wir in die Wohnhäuser und Tempel der Araber und schließen unsere Wanderung mit einem Ueberblick über das moderne Hofhaus der alten und neuen Welt. Preis pro Lieferung 50 Pf.

„**Von Kain's Geschlecht**“ heißt das neue Buch von **Adalbert von Haunstein**. (Berlin, G. F. Conrad). Dasselbe überragt noch die „Menschenlieder“, die vor einem Jahre bedeutendes Aufsehen erregt haben. Die einzelnen Dichtungen, mehr episch als lyrisch, sind gleichsam Novellen in Versen, die ungemein fesselnd wirken. Der Preis des Buches ist 2 M. 40 Pf., elegant gebunden 3 M.

Briefkasten.

Abonnet. „Filibustering“ nennen die amerikanischen Kongreßmitglieder die Anwendung parlamentarischer Kniffe, um die Annahme einer Maßregel hinauszuschieben oder zu verhindern. Liegt z. B. ein mißliebiger Vorschlag vor, so stellt ein Mitglied den Antrag auf Vertagung, und fordert zugleich Namensaufruf. Das Verlesen der 325 Namen nimmt immer viel Zeit in Anspruch, die Gegner verhindern dann durch ihre Entfernung ein „Quorum“, d. h., daß eine beschlußfähige Versammlung sich herausstellt, zu welcher die Mehrtheit aller erwählten Mitglieder nötig ist; dann muß die Vertagung eintreten. Auf diese Weise ist es einer starken und entschlossenen Minderheit möglich, die Annahme schädlicher Gesetze zu verzögern oder ganz zu verhindern.

Grünweiß. In den Landtagsberichten stets „schlüssig“ zu drucken, scheint ein sächsisches Reservatrecht, auf das zu verzichten die Landesregierung gewiß niemals eingehen wird. Weist diese Schreibweise doch auch so angenehme Erinnerungen an unseren „lieben Zwölfer“ im „Klabberaback“.

Ertrag. Ihrem Wunsch betreffs eines ausführlichen Berichtes über den Berliner Sozialistenprozeß können wir gern nachkommen. Leider schließt das der Charakter eines Wochenblattes aus. Wollten wir nur das bringen, was die Tagesblätter gebracht haben, so hätten wir bereits etwa die Hälfte des Blattes gefüllt, ohne den allermeisten Lesern etwas Neues gesagt zu haben. Und nun gar noch ausführlicher? Das geht beim besten Willen nicht. Ein Wochenblatt kann seine Force eben nicht in der Berichterstattung suchen, das muß den Tagesblättern überlassen bleiben.

Eberswalde. Ihr Verein für Unterstützung durchreisender Bäckergehilfen ist zweifellos ein höchst lobenswerthes Unternehmen und wir wünschen ihm von ganzem Herzen das beste Gedeihen. Aber seine Statuten zu veröffentlichen, konnten wir uns nicht entschließen. Bedenken Sie doch, daß dies die anderen Vereine dann auch verlangen könnten und wo sollten wir dann den Platz hernehmen!

Leipzig. Besten Dank. Wir werden die Entwicklung Ihres Vereins stets mit warmstem Interesse verfolgen.

Hamburg. Einverstanden, rechnen Sie die Exemplare ab, Gruf.

Die auswärtigen Expediteure bitten wir, umgehend die Beträge für Februar einzusenden. Wir würden sonst bei manchen, die uns nicht als vertrauenswürdig näher bekannt und empfohlen sind, die Lieferungen einstweilen einstellen müssen.

Nähmaschinen

sämmtlicher Systeme
auch auf Theilzahlung.
Reparaturen schnell und gut.
E. Franke,
Saarbrückerstraße 6.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager
von
C. Klein.
15. Ritterstraße 15.
Dasselbst Zahlstelle der Würtler u. Bronceure (C. S. 60.)

Metallarbeiter-Franken- und Sterbekasse.

(C. S. 29 zu Hamburg.)
Den Mitgliedern der Berliner Filialen 1, 2, 3 und 4 sowie den Filialen Myrbach, Tempelhof und Nieder-Schönweide zur Nachricht, daß am Sonntag, den 26. Februar, Vorm. 10 Uhr, bei **Teigmüller, Alte Jakobstraße 48a**, eine **kombinierte Versammlung** stattfindet, zu welcher alle Mitglieder obiger Filialen hiermit eingeladen werden.
Tagesordnung:
Fortsetzung und Diskussion der Anträge zur Statutenänderung der nächsten stattfindenden Generalversammlung der Kasse.
Die Kommission.

Freunden und Genossen empfehle meine
Uhren-Reparatur-Werkstatt
zur geneigten Beachtung.
Gleichzeitig empfehle mein Lager von Uhren, Uhrketten und Verloques.
E. Rüger, Admiralstraße 39, part.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin

von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

Buch- und Steindruckerei
von **F. POSEKEL**
Berlin S.O., Oranien-Strasse 23,
empfehlte sich zur prompten und saubersten Ausführung aller Drucksachen.
Für Vereine fertige ich zu mäßigsten Preisen:
Aufrufe, Jahresberichte, Kassenabschlüsse, Statuten, Cirkulare, Mitgliedsbücher, Plakate, Programme, Billets etc.

Verlag der Berliner Volks-Tribüne.

Arbeitsnachweis für Tischler.

Der vom Fachverein der Tischler begründete Arbeitsnachweis befindet sich **Alte Jakobstr. 38** im Restaurant Schumann. Die Arbeitsvermittlung geschieht für Meister und Gesellen (auch Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich. Die Adressenausgabe erfolgt an Wochentagen von 8½ bis 10 Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags. Da sich die vier Kassirer der „Ortskrankenkasse der Tischler und Piano-Orbeiter Berlins“ verpflichtet haben, sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu enthalten, eruchen wir, nur den obengenannten Arbeitsnachweis zu benutzen. Der Vorstand.

Verein der Sattler und Fachgenossen.

Sonnabend, 25. d. M., Abends 8½ Uhr, **Gratwiel's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.**

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Gewerkschaftliches. Diskussion. Verschiedenes. — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Billets zu dem am 3. März stattfindenden Wiener Maskenball sind am Vereinsabend und im Restaurant Rary, Neue Jakobstraße 11, zu haben.

An Expediteure und Kolporteurs liefern wir die vollständigen Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten (Beilagen Nr. 5, 6, 7) zum Preise von 20 Pf. Wir bitten um umgehende Bestellungen. Einzelverkauf 30 Pf.

Expedition der „Berliner Volks-Tribüne“.

(Nachdruck verboten.)

Das Sparkassenbuch.

Skizze aus dem österreichischen Proletarierleben.

Von R. Raff.

I.

Der letzte Ton der Fabriksglocke war verhallt; aus dem offenen Thore der Maschinenfabrik quoll ein Strom schwarzer ruhiger Gesellen; es war Feierabend. Das weißglühende Licht der elektrischen Vogenlampen durchstrahlte siegreich den trüben Novemberebel; noch immer drängten sich durch das enge Thor viel dunkle Gestalten mit mageren Gesichtern, deren Blässe von den düsteren Farben der Kleidung und dem Dunkel der Nacht um so greller abfiel.

Endlich war der letzte Mann draußen; der dicke Portier mit dem feisten, fettglänzenden Gesicht schloß die Flügel des Gitterthores und alsbald erloschen auch — wie auf ein gegebenes Zeichen — die elektrischen Lichter. Alles war nun in Nacht und Nebel versunken; nur undeutlich und verschwommen zeichneten sich die dunklen Umrisse der weitläufigen Fabrikanlage vom schwarzgrauen Firmamente ab. Aus den hohen Schornsteinen einiger Nachbarfabriken stiegen schwarze Rauchsäulen auf, die sich jedoch infolge des schweren Nebels zu einer dichten qualmigen Masse zusammenballten und einer riesigen Wolke gleich über den Dächern schwebten. Wie armselig, wie häßlich sah es doch hier aus! Alte Häuser mit krummen, schmutzigen Mauern, rohgebaute Fabriken, wüste Baupläze . . . ein rechtes Proletarierviertel! Aengstlich flackerten die spärlichen Gasflammen, allein ihr Lichtschein wurde von der undurchdringlichen Finsternis vollständig aufgesaugt und war nur in der Nähe durch einen trüben Lichtkreis erkennbar. Die Atmosphäre roch nach Kohlendunst und Miasmen . . . es war die Atmosphäre der Arbeit und — der Armuth!

Die Männer der Arbeit eilten ihren Behausungen zu, viele auch suchten die nächsten Schänken und Speisehäuser auf. Nur eine kleine Gruppe blieb trotz des nächtlichen Nebels auf der morastigen Straße stehen; sie schienen gar Wichtiges zu besprechen, die drei Männer in ihren ruhigen Leinwandkleidern.

„Du kannst also wirklich nicht kommen, Anton?“

„Nein, Du weißt es ja, mein Weib ist todkrank und ich habe sie heute in's Spital überführen lassen, da sie dort besser versorgt wird, als bei mir. Ich habe das Glend nicht länger anschauen können! Daß das Kind gestorben ist, hat ihr wohl den Rest gegeben; es war leider nicht länger zu verheimlichen. Sie war merkwürdig ruhig,“ erzählte Anton weiter, als er sah, daß die andern theilnahmsvoll zuhörten, „als ich ihr's mitgetheilt hab'. Das ist mir gleich verdächtig vorgekommen; sie hat den Schmerz hinuntergewürgt und das ist immer ein schlimmes Zeichen. Nüchtern hat sie in der Nacht einen schrecklichen Anfall von Weintrampf bekommen, daß ich habe den Fabriktdoktor rufen müssen. Nun ist's schon über vierzehn Tage, daß sie krank liegt. Das Wochenbettfieber hat sie glücklich überstanden gehabt, da kommt ihr altes Brustübel wieder zum Vorschein und wirft sie gänzlich nieder.“

„Na, und wie geht's Dir?“ fragte der eine, als Anton schwieg.

„Das kannst Du Dir denken; die Krankheit frisst die letzten Spargroschen weg, jetzt hab' ich gar schon mein Sonntagsgewand verpfänden müssen. — Sie hat schließlich selbst verlangt, ich soll sie ins Krankenhaus bringen; sie hat eingesehen, daß es für sie und mich besser ist. Im Krankenhaus kostet's mich nichts, abgesehen davon, daß sie dort viel besser aufgehoben ist als bei mir. Sie hat dort ihr regelmäßiges Essen, ihre aufmerksame Bedienung; ich kann ihr das zu Haus nicht leisten.“

„Aber Du bist doch in der Fabrikstrankenklasse eingeschrieben und Deine Frau auch?“

„Das schon! Aber ich krieg' nichts. Der Direktor und der Herr Chef mit dem Bollmondsgeicht haben mir gesagt, meine Frau hätte keinen Anspruch, das „Warum“ habe ich nicht verstanden; sie haben mir verschiedene Paragrafen zitiert und mir zu verstehen gegeben, daß ich höchstens im Gnadenwege etwas erreichen könnte. Das ist der Dank für die treuen Dienste meiner Frau und meine langjährige Arbeit.“ — Ueber das berufte Angesicht des schlanken, kräftig gebauten Mannes zuckte es in zorniger Erregung.

„Ja, warum klagst Du denn nicht?“

„Ich habe zwar einen Advokaten gefragt und der hat mir gesagt, daß meine Frau Anspruch auf die Krankenunterstützung hat; aber so ein Prozeß kostet Lausereien, Zeit und Geld und deshalb habe ich's aufgegeben. Außerdem weiß ich's ja, daß ich dann die längste Zeit in der Fabrik gearbeitet hätte; man wartet ja nur, um mich zu entlassen. Den Direktor aber dehmütig um mein Recht anzuwinkeln, das thue ich nicht, eher fällt ihm sein angemaßeter Schmerzbauch herunter.“

Die Kameraden blickten bewundernd auf ihren Freund; dieser steckte fröstelnd die Hände in die Taschen und fährt fort: „Aber, was stehen wir denn da auf der kalten Straße? Wenn ich auch heute nicht fähig bin, im Verein einen Vortrag zu halten, so kann ich Euch doch begleiten.“

Sie schritten dahin, keiner sprach ein Wort. Endlich brach Anton das Schweigen.

„Ich glaube, daß ich auch ohne Prozeß zu meinem Gelde kommen werde.“ Um seine Mundwinkel spielte ein schlaues Lächeln, als ihn seine Kameraden mit Spannung ansahen.

„Die Verwaltung des Krankenhauses“, erklärte er, während Triumph aus seinen Augen blühte, „muß sich ja wegen Zahlung des Krankengeldes an die Fabrikstelle wenden; wenn diese sich weigert, wird die Geschichte öffentlich, und darauf läßt es der Chef wohl nicht ankommen, sonst ist's um den Ruf seiner „Arbeiterfreundlichkeit“ geschehen und sein Heiligenschein als liberaler Fabrikant fällt. Er wird sich daher hüten, wegen so einer Bagatelle es zum Prozesse kommen zu lassen und wird großmüthig das Geld zahlen. Die Zeitungen werden wieder von der „Arbeiterfreundlichkeit“, dem „wohlthätigen, humanen Sinne“, der „philanthropischen Hochherzigkeit“ des Herrn Crider schwefeln und ich werde mir über die unfreiwillige Großmuth des Herrn Crider in die Faust lachen.“

Die Kameraden stimmten ihm heiter bei; der Plan schien ihnen ebenso gelungen als lustig. Der Anton Ruster war doch ein geschickter Kerl; nicht umsonst hatten sie ihn zum Schriftführer des großen Metallarbeiter-Vereins gemacht, in welchem er der eigentlich leitende Kopf war und wo er ebenso viele bewundernde Anhänger als heimliche Neider hatte. Er war ihr Wortführer und bester Redner; alle waren stolz auf ihn, wenn er in der Volksversammlung mit glühender Begeisterung von den Rechten des arbeitenden Volkes und dessen dereinstigem Siege sprach und die vieltausendköpfige Menge durch die Macht seiner Beredbarkeit hinriß.

Bald nach dem Vereinsabend eilte Ruster heim; seine zwei Freunde, die in derselben Gasse der armeligen, häßlichen Vorstadt wohnten — es war der Konzentrationspunkt der Fabriken —, begleiteten ihn wieder. Es war kalt und vom unsichtbaren Himmel rieselte ein feiner Sprühregen, der alles wie mit einem dichten Schleier umhüllte. Ruster dachte an sein krankes Weib, wie wild sich jetzt die Arme nach ihm sehnten! Wenn er denkt, wie sie sich vielleicht in Fieberphantasien schlaflos auf dem Lager herumwälzt, während rings aus den Betten der übrigen Kranken bange Seufzer laut werden . . . So muß sie liegen im finsternen Saale, unwimmert vom Nechzen und Schmerzensgestöhne der anderen Dulderinnen. Ihn schauerte; hastig verabschiedete er sich von seinen Genossen und begab sich in sein Quartier. Wie öde und ernst kam ihm die kalte Stube vor! Rasch entkleidete er sich und warf sich in's Bett. Mit offenen Augen starrte er in's Dunkel hinein und grübelte über seine Lage nach. Eigentlich hätte er ja nie in die Ueberführung seiner Frau in's Krankenhaus gewilligt, wenn nicht der Arzt so energisch darauf gedrungen hätte. Es mußte wohl schlecht stehen mit ihr; der Arzt hatte es genugsam angedeutet. Wenn er dachte, daß seine einst so rüstige, blühende Frau durch die aufreibende Fabrikarbeit derart herabkommen und entkräftet werden konnte! Was war sie vor vier Jahren, da er sie geheiratet, für ein lustiges, lebendiges und — hübsches Geschöpf gewesen! Und jetzt . . . Er biß die Zähne übereinander. — Nun hatte sie ihm, nach vierjähriger Ehe, ein Kind geschenkt und dieses mußte sterben und sie, seine Anna, auch! — Er war nicht so verrückt, daß ihm dieser Gedanke nicht hätte die Thränen in's Auge pressen sollen; er fuhr sich über die brennenden Lider.

Und tröstlos wie die Gegenwart dehnte sich die dunkle Zukunft! Wohl gehörte er zu den besser bezahlten Arbeitern; seine Frau hatte sogar Geld in der Postsparkasse liegen. Aber gerade dieses machte ihm Sorgen! Ihm wollte man die 80 fl., die seine Frau als Zehrpfennig für besonders schlechte Zeiten sich abgedarbt hatte, nicht ausfolgen, da sie auf den Namen seiner Frau eingeschrieben waren. Man verlangte eine Bestätigung seiner Frau, die ihm zur Behebung des Geldes bevollmächtigte. Und darum sie bitten? Nein, eher wollte er . . . Und doch! konnte Anna nicht in Arzte sterben? Würde er dann nicht Geld brauchen, da doch jener traurige Fall mit großer Sicherheit anzunehmen war? Und dann! Wie leicht konnte er infolge seiner politischen Thätigkeit aus der Fabrik entlassen, wie leicht infolge eines anderen Ereignisses brodlös werden . . . Sollte er etwa dann von der Gutmüthigkeit seiner Genossen leben? Nein, dazu war er zu stolz!

Er mußte ihr also die Sache beibringen, auf irgend eine Art. Mit diesem Gedanken schloß er endlich ein.

II.

„Herr Anton Ruster?“

„Jawohl, Herr Professor! Ich komme, um mich . . .“

„Ja, mit Ihrer Frau steht es schlecht. Machen Sie sich über kurz oder lang auf das Schlimmste gefaßt . . .“

„Also ist keine Aussicht? . . .“

„Nein! Leider gar keine! . . .“

Erstatter verließ Ruster das Zimmer des Professors, auf dessen Abtheilung seine arme Frau lag. Er ging in den Gartenanlagen auf und ab, wie bewußtlos, erstarrt in dumpfem Schmerz. Er achtete nicht des eisigen Windes, der durch die kahlen Bäume fuhr. Er mußte sich sammeln, sammeln für die schwere, bittere Abschiedsstunde; er durfte der Kranken nicht merken lassen, daß ihr Zustand hoffnungs-

los sei; und dann, wer weiß, ob er Anna nächsten Sonntag noch lebend antraf, ob er nicht im Verlaufe dieser Woche noch an ihr Sterbelager würde berufen werden?

Und gerade heute hatte er sich vorgenommen, sie um die Ausfolgung des Sparkassenbuches zu bitten! Wie wird sie das aufnehmen? Er kannte ihren leidenschaftlichen, empfindlichen Charakter; wird sie nicht mißtrauisch werden und daraus schließen, daß ihre Krankheit unheilbar, daß sie sterben müsse? Wird ihr der Gedanke, daß sie sich von ihrem Krankenlager nicht mehr erheben, daß sie in kurzer Zeit in's Grab sinken werde, nicht den Todesstoß versetzen?

Mit welcher Leidenschaft hatte sie ihn stets geliebt und liebte sie ihn noch! Ihre Eifersucht hatte ihm heimlich manche trübe Stunde verursacht, hatte manchen Ausbruch, manche Scene hervorgerufen. Wie glücklich würde er sich fühlen, könnte er damit ihre Todesstunde hinauschieben . . . in endlose Zeit! Seinetwegen war sie in die Fabrik gegangen; vom frühen Morgen bis spät in die sinkende Nacht hinein hatte sie gearbeitet, damit er seinen politischen Agitationen nachgehen könne, damit er sich der auch von ihr — ihm zu Liebe! — leidenschaftlich geförderten Bewegung des Proletariats widmen könne. Sie war stolz auf ihn und auf seine Erfolge! Und ihm hatte diese Liebe seines Weibes geschmeichelt! Er hatte sich an der Volksgunst berauscht und es geschehen lassen, daß Anna sich durch die anstrengende Fabrikarbeit ein organisches Leiden zuzog. Er, der rüstige Mann, hatte es zugegeben, daß seine zarte Frau, deren körperliche Konstitution von jeher eine schwache gewesen, für ihn schaffte, damit er desto ungestörter der Propaganda leben und an den Emanzipationskämpfen des Proletariats theilnehmen könne! War nicht er Schuld an der Fehlgeburt, Schuld an dem frühzeitigen Tode Annas? „Wirft du mir verzeihen, flüsterte er schmerz erfüllt vor sich hin, daß ich deine Liebe zu mir so mißbrauchte? Daß ich, statt dir und unserem Glücke zu leben, die Politik zu meiner Göttin erhob und ihr so übermäßig fröhnte? Jetzt erst fühl' ich's, was du mir warst; jetzt, nachdem mir dein Verlust droht, fühl' ich's, wie glücklich wir sein könnten . . . Aber hab' ich denn anders können? Hast du mich nicht selbst angefeuert und aufgemuntert, für die Befreiung des Volkes zu wirken, ihm meine Kraft zu weihen? Ich mach' dir das nicht zum Vorwurf; auch du konntest eben dies hilflose Glend, die furchtbare Noth, die tiefe Verfunkenheit, in der das arme arbeitende Volk schmachtet, nicht ungerührt ansehen; deshalb hast du mich in meinem Vorhaben, den Jammer zu lindern, die Fesseln zu sprengen, die Nacht zu scheuchen, bestärkt. Und nun, da ich mich einmal in den wilden Strom des politischen Lebens geworfen, reißt er mich fort. Ich muß vorwärts, soll mich nicht der tolle Wirbel verschlingen! . . . Nächsten Sonntag erhalte ich meinen letzten Lohn, dann bin ich arbeitslos, für Wochen, vielleicht für Monate . . . Was dann? Wird man dem sozialistischen Agitator Arbeit geben? . . .“ (Fortsetzung folgt.)

Eine ergreifende Szene aus dem großen Readingstreik in Nordamerika.

Aus Pottsville, 1. Februar, wird geschrieben:

Eine hochdramatische Szene ereignete sich gestern an der Glendover-Mine im Hesherville Thale, nicht weit von Gordom. Ungefähr 40 Mann, fast alle Arbeiterritter und Unionisten (Gewerkschafter) waren trotz der Weisungen des gemeinsamen Komitees zur Arbeit gegangen. Das verursachte große Aufregung in den benachbarten Bergwerksbörsen und besonders die Frauen zeigten sich erbittert.

Bis gegen 5 Uhr Abends blieb Alles ruhig in der Nachbarschaft. Inzwischen aber hatten sich die Frauen, ungefähr 100 Köpfe stark, im Dorfe versammelt und marschirten in Reih und Glied zur Mine (Grube). Voran gingen zwei weißhaarige Greisinnen, jede mit einem Gewehr bewaffnet; die andere Frauen folgten, je einen Laib Brod tragend. So stellten sie sich zu beiden Seiten des Geleises auf, wo der Zug der „Scabs“ wartete, der sie nach Minersville, nach Hause bringen sollte. Hinter den Frauen standen ungefähr ebenso viel Streikende.

Als die Scabs der Mine entstiegen, waren sie verblüfft, geärgert und erschreckt über diesen Empfang. In Gruppen von mehreren zusammen suchten sie an dem weiblichen Korps vorbeizukommen; aber da gab es kein Entrinnen. Als sie zwischen den Reihen der Frauen eingeleitet waren, trat ein irisches Mädchen, Mary Brennan, hervor und hielt mit lauter Stimme folgende Ansprache: „Männer! Unsere Gatten und Brüder sind im Streik gegen Hungerlöhne. Wir, die Frauen, Mütter und Schwestern ermahnen Euch, in denen einmal ein Gefühl von Männlichkeit war, in ihre Reihen zurückzukehren und bei Euren Genossen in diesem Kampfe auszuhalten. Vergeßt nicht unseren alten Wahrpruch: Das Unrecht, das einem zugefügt wird, geht alle an. Wenn Ihr Brod wollt, so theilen wir mit Euch bis zur letzten Kruste, die wir haben, und zum Beweis dafür hat Jede von uns ihren Beitrag mitgebracht.“

Mit diesem warf Mary ihren Brodlaib in eine Gruppe der Scabs, die entsetzt auseinander stob. Die übrigen Frauen boten ihre Laibe an; aber die verdutzten Scabs lehnten ab und machten sich so eilig wie möglich davon.

Jetzt aber brach die Wuth los; unter entsetzlichen Geschrei stürmten die Frauen und die Streifenden den Scabs nach, die wie toll in die bereit stehenden Eisenbahnwagen flohen, um sich vor dem auf sie eröffneten Bombardement zu schützen. In diesem Augenblick kam der Inspektor Kealy mit dem letzten Wagen den Schacht herauf und schrie dem Lokomotivführer zu: „Um Gottes willen, fahr zu.“ Und der Zug setzte sich in Bewegung.

Die Demonstration war aber erfolgreich. Die Gleedowner Mine ist heute nicht im Betrieb.

Die Wohnungsfrage.

□ Der Hauptverwaltungsbericht des Berliner Magistrates für 1886/87 zeigt eine große Steigerung der Wohnungsnoth für die weniger bemittelten Bevölkerungsklassen. Die kleineren Wohnungen, wie sie den Ansprüchen dieser Klassen entsprechen, werden immer seltener im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme und die vorhandenen Wohnungen werden immer theurer. Hören wir die Zahlen.

Die Bevölkerung Berlins nahm in der angegebenen Zeit zu um 46 758 Personen, die vermieteten Wohnungen vermehrten sich diesem Zuwachs gegenüber um 10 072 Wohnungen, die einen Durchschnitts-Miethswert von 1196 Mark hatten. Es sind in der Zeit besonders große Wohnungen neu hergestellt, da der Durchschnitts-Miethswert einer Wohnung in Berlin im Allgemeinen im 1. Quartal 1887 nur 629 Mark betrug. Auch diese Zahl ist mit der Zeit schon gestiegen, sie betrug vor 3 Jahren nur 603 Mark.

Die Anzahl der leerstehenden Wohnungen hat sich erheblich vermindert. Es sind nur noch 6904 Wohnungen leer. Der Werth derselben hat sich aber erheblich, nämlich um 143 153 Mark gegen das Vorjahr, vermehrt. Es stehen also meistens nur große Wohnungen leer, an kleinen Wohnungen ist ganz empfindlicher Mangel.

Wie es in Berlin steht, so steht es in allen größeren und in den meisten mittleren Städten. Die Wohnungsmiethe nimmt einen immer größeren Bruchtheil des Einkommens der Einwohner in Anspruch oder, wo die Einnahmen sich so niedrig gestalten, daß eine Vermehrung der Ausgaben für die Wohnung unthunlich erscheint, weil die anderen Lebensbedürfnisse keine Einschränkung mehr erlauben, da muß eine Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse naturnothwendig Platz greifen.

Dieses trifft bei der allergrößten Mehrzahl der Arbeiter noch mit den Lohnherabsetzungen zusammen, die in letzter Zeit aus den meisten Ortschaften und Gegenden gemeldet werden. Sei es, daß wie in den Kreislern und anderen Weberbezirken die Lage des Weltmarktes die Arbeit ihnen überhaupt zu entziehen beginnt, sei es, daß die Fabrikanten-Bereinigungen die Herstellung im alleinigen Nutzen und Vortheil der Fabrikanten einschränken und den Schaden den Arbeitern auflegen, indem die Arbeitszeit verkürzt wird; oder indem durch Arbeiterentlassungen das Angebot von Arbeitern erhöht und die Löhne gedrückt werden; sei es endlich daß die Unternehmer ohne äußeren Grund, nur weil sie wissen, daß die Arbeiter durch polizeiliche Maßregelungen an dem Gebrauch des Koalitionsrechtes gehindert werden, die Löhne einfach herabsetzen, wie es in letzter Zeit in geradezu erschrecklicher Weise einzuweisen beginnt.

Daß eine wirkliche Wohnungsnoth der ärmeren Klassen vorhanden war, schon lange vorhanden war, das ist eine so anerkannte Thatsache, daß wir eines weiteren Beweises dafür entbehren sind. Es lohnt nicht und ist nicht erforderlich, hier nochmals auf das Elend hinzuweisen, das in den Wohnungen der ärmeren Bevölkerungsklassen der großen Städte zu Tage tritt. Die schlechten Wohnungen im Bunde mit der mangelhaften Ernährung großer Bevölkerungskreise, die Drüsen- und Knochenkrankheiten als Erbgeschenk den Kindern des fleißigen und tüchtigen Arbeiters bringen, sind lange genug geschildert und erkannt.

Die oben angegebenen Zahlen zeigen, daß dieses Elend, diese Noth, diese Krankheiten im Wachsen, in der Ausdehnung begriffen sind, daß sie am Marke des Volkes mit verstärkter Kraft zehren, auch darüber ist kein Streit. Die schrecklichen Zustände, die aus den schlechten und ungeeigneten Wohnungen hervorgehen, sind anerkannt und bekannt; daß sie sich verschlechtern, reisend verschlechtern, ist auch nicht zu leugnen; daß eine Gefahr für den Staat und die Gesellschaft in diesen Zuständen liegt, eine weit größere und weit nähere Gefahr als in Vielem, was man glaubt mit wenig Einsicht und viel Gewalt bekämpfen zu müssen, möchte auch leicht zu erkennen sein.

Nun, was thun Staat und Gesellschaft, um diesen großen, diesen dringenden, diesen wachsenden, diesen allgemein erkannten Uebelständen entgegen zu treten?

Was man thut? **Nichts, man redet.** Die Wohnungsnoth der Armen ist heute ein beliebter Vorwurf für mehr oder weniger sachkundige Schönredner, ein Gegenstand der Erörterung für alle wirtschaftlichen Quaersalber und Kurpfuscher, ein beliebter Stoff, um in menschenfreundlichen Vereinen die Zeit damit auszufüllen, ein brauchbarer Vorwand, um seine „Wohlthätigkeit, Menschenliebe und seinen Gemeininn“ in's richtige Licht zu rücken, damit sie hohen und höchsten Personen recht in's Auge fällt. Auch staatsmännische Eporen wollen sich einzelne Gesehgeber dabei verdienen. Die richtige und echte Abberitenweisheit wird dabei zu Tage gefördert, aber an der Sache gebessert, auch keines Pfennigs werth.

Da tritt der Schönredner auf, nachdem sorgfältig dafür gesorgt ist, daß niemand da ist, der vielleicht die

Sache ernst nehmen und widersprechen könnte. Er beginnt die Fortschritte unseres Jahrhunderts zu preisen, wie wir es so unendlich weit gebracht. Das Durchschnittseinkommen des Volkes ist gestiegen, wir leben besser als vor 40 Jahren. Er verschweigt aber, daß das Steigen nur die eine Seite getroffen hat, daß der hungernde Weber leider von dem steigenden Durchschnitt nichts gespürt hat, daß viele Arbeiter mit Wochenlöhnen nach Hause gehen, die heute lange nicht die Kaufkraft haben, wie die der Zahl nach niedrigeren Löhne vor 40 Jahren. Sein Publikum kennt nur einige besser gestellte Arbeiter, das genügt. Nachdem so der Beweis geführt ist, daß es eigentlich wunderbarlich in unserer Staats- und Gesellschaftsordnung ist, dann beginnt der Redner zuzugreifen, daß es mit den Wohnungen nicht ganz so ist, wie es sein soll, daß sogar gewisse Uebelstände sich beim besten Willen nicht ganz ableugnen lassen. Die Hauptschuld haben aber die bösen Arbeiter selbst. Sie sind noch nicht so gebildet, den Werth einer guten Wohnung gehörig zu schätzen, und selbst wenn man ihnen eine gute Wohnung giebt, sie verstehen nicht einmal sie gut zu bewohnen. Die Wohnungsmiethe nimmt freilich, das muß er ja zugeben, $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{4}$ (auch noch mehr) des Einkommens fort, aber was thut das, man soll lieber an anderen Bedürfnissen sparen.

Das Publikum athmet ordentlich auf als ihm so bewiesen wird, daß der Arbeiter allein schuld ist, wenn er mit seiner Familie in ungeeigneten Wohnungen verkommt. Warum mietet er sich keine bessere, der dumme Kerl! Man muß ihn in den Schulen über den Werth einer guten Wohnung aufklären, vielleicht entschließt er sich dann sogar im Sommer statt in der staubigen, ungeeigneten Stadt zu bleiben, eine Schweizerreise zu machen, oder mit seiner ganzen Familie in ein Seebad zu gehen. Es wäre doch das Klügste und der Gesundheit sehr nützlich.

Ihr Thoren! Wenn man ein Einkommen von 20 oder 30 Tausend Mark jährlich hat, verschlägt es freilich nicht so sehr viel, ob man 6 oder 10 Tausend Mark für eine Wohnung ausgiebt, wenn aber das Jahreseinkommen 7 bis 9 Hundert Mark beträgt und oft erheblich weniger ist, dann macht es einen großen Unterschied ob man 200 oder 300 Mark für die Wohnung bezahlt. Die „Bildung“ nützt da nichts und freilich ist das Brod und die wärmende Kleidung dringender nothwendig, ihr Mangel macht sich mehr und schärfer fühlbar. Da muß, hört ihr! Da **muß** die Wohnung zurückstehen, selbst wenn der Arbeiter ganz genau weiß, daß die schlechte Wohnung seiner Gesundheit schädlich ist. Der Hunger ist es auch, und er ist schwerer zu ertragen.

Hat der „Herr Redner“ nun so sein Publikum bearbeitet, dann giebt er zu, daß doch vielleicht nothwendig sein könnte, daß irgend etwas gethan würde, um sich um die leidende Menschheit verdient zu machen.

Vom Staate darf man natürlich nichts verlangen, der darf sich in die Sachen des heiligen Kapitals durchaus nicht anders einmischen, als daß er höchstens den Arbeiter verhindert, dem Kapitalisten unbecom zu werden. Nein, nur Alles schön auf dem kapitalistischen Wege. Die Arbeiter müssen zum Sparen gebracht werden. Sie sagen zwar, sie kommen schon jetzt nicht durch, das ist aber Heuchelei. Man kann sich bei 12 bis 14 Mark durchschnittlichem Wochenlohn ganz gut in wenigen Jahren ein Haus ersparen. Warum nicht!

Wir wollen ja helfen, meint der Herr Redner, wir haben ja menschenfreundliche Kapitalisten unter uns, die gerne gegen sehr billigen Zins — — —! Es entsteht eine Bewegung im Publikum, einige Herren knöpfen die Taschen zu, andere entfernen sich ganz stille.

Na, fährt der Redner fort, dann können wir auch Wohlthätigkeits-Konzerte, -Bälle, -Bazars, -Schlittensfahrten, veranstalten. — Zustimmung Bewegung unter den Damen, die schon ihre Kostüme überdenken. — Uebrigens wird unter hoher Protektion ein Verein — —!

Ein Banquier besteht sein Knopfloch und überschlägt, was er wohl daran wenden könnte. Oh! Man hat in England schon sehr dankenswerthe Erfolge in diesem Wege erzielt. — Man ist davon überzeugt. — Schließlich soll auch der Weg der Gesehgebung nicht ausgeschlossen sein. Man darf in Gesezen bestimmen, wie schön eine Wohnung mindestens sein muß, — es nützt dem Arbeiter freilich wenig, wenn das Gesez ihm nicht auch den Minimallohn bestimmt, daß er diese Wohnung nun auch bezahlen kann. — Hu! sozialdemokratische Forderung! — Auch kann ein Gesez gegen den Wohnungswucher erlassen werden, es wird freilich nichts nugen, — allgemeine Zustimmung der Hausbesitzer —.

Auch über andere gesetzliche Bestimmungen kann man noch sprechen —!

O ja! sprechen kann man über die Wohnungsnoth, sprechen und nichts als sprechen. Eine Abhilfe zu schaffen auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsweise und Gesellschaftsordnung ist aber nur möglich, wenn die Arbeiter in die Lage versetzt werden, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Dazu gehört die unbeschränkte Freigabe des Vereinigungsrechtes zur Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen und ein geregelter Arbeiterschutz. Das würde unter vielen und schweren Kämpfen manche Uebelstände, auch die Wohnungsnoth beseitigen.

Eine gründliche Abhilfe freilich ist nur möglich auf dem Boden einer wirtschaftlichen Umformung, welche die Grundstücke und Häuser zum Gemeineigentum der Gesellschaft macht und das Wohnungsbedürfnis der Beutejucht des Kapitals entzieht. Daran ändern alle Schönredner, Kurpfuscher und wirtschaftliche Quaersalber nichts.

Wie nothwendig eine solche Umformung ist, zeigt das sich in den angegebenen Zahlen abspiegelnde Steigen der

Wohnungsnoth. Es ist diese Noth freilich nur eine Erscheinung der allgemeinen Krankheit der Gesellschaft, aber eine Erscheinung, die deutlicher spricht und drängender auftritt als manche andere.

Städtische Grundbesitzer und Miether.

Welche Riesenvermögen sich durch die beständige Steigerung der städtischen Grundrenten und Miethspreise aufhäufen, dafür liefert das grandioseste Beispiel wohl die Geschichte der Familie Astor in New-York, die eine ungeheure Bodenfläche in dieser Stadt besitzt.

Johann Jakob Astor hinterließ bereits vor nicht ganz 40 Jahren ein Vermögen von ebenso viel Millionen. Dasselbe war zum größten Theil in Grundbesitz in der Stadt New-York angelegt und der Theil der Rente, welchen die Astor's nicht verbrauchte, wurde wieder so verwendet. Man schätzt, daß sich derart das Vermögen auf zwischen 200 und 300 Millionen Dollars (800—1200 Millionen Mark) vergrößert habe und daß es jährlich um zehn bis zwanzig Millionen wächst.

Johann Jakob Astor erwarb die erste Grundfläche im Handel mit den Indianern; von seinen Nachfolgern hat sich, soweit man weiß, keiner in Spekulationen oder Handelsgeschäften eingelassen, noch war einer an Fabrikgeschäften theilhaftig. Soweit sie Anstoß zur produktiven Thätigkeit gaben, war es blos der Bau von Häusern auf ihrem Grundbesitz in New-York, den sie beständig vergrößerten.

Diese Astor's hatten also wenig Arbeit und gar kein Risiko. Das Wachstum New-Yorks und damit die Steigerung der Grundrente war nicht schwer vorauszu sehen. Die Astor's konnten die Hände in den Schooß legen und zusehen, wie ihre Dollars hekten. Und das geschah denn auch mit wahrhaft laninchenhafter Fruchtbarkeit. Sie haben gewiß nicht schlecht gelebt; wenn sie auch nicht den prunkhaften Hofhalt späterer Parvenus nachahmten, so haben sie sich doch Paläste gebaut, Kunstsammlungen angelegt, haben einen luxuriösen Haushalt geführt; kurz ohne Zweifel eine hübsche Anzahl Millionen verbraucht. Und trotzdem hat sich ihr Vermögen in jedem Jahrzehnt um die Hälfte vergrößert. Es ist auch gar nicht abzusehen, daß es damit so bald ein Ende nehmen werde.

Die „Arbeit“ der Astor's deren Frucht dieses Riesenvermögen sein soll, bestand, im günstigsten Fall, in der Guttheilung oder Verwerfung von Vorschlägen ihrer Architekten, Inspektoren und sonstigen Bediensteten, worunter wohl die wichtigsten die für das Emporschrauben der Renten gewesen sein mögen. Alles andere besorgten bezahlte Beamte. Die Astor's möchten ebenso wohl im Monde gewohnt haben und der Zuwachs ihres Vermögens hätte doch stattgefunden. Denn er ist das Resultat der Arbeit der Leute, die in Astor's Häusern wohnten, der arbeitenden Bevölkerung New-Yorks überhaupt und, im weiteren Sinne, der des ganzen Landes.

Ist es nun sittlich, gerecht, daß eine Familie, und lasse man sie selbst als eine arbeitende gelten, das Einkommen von 60 000 Arbeitern an sich reißt? Sind die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht faul, die das geflatten und legalisiren?

Maschine und Arbeiter.

Ein Mann, Namens Schmalz, hat eine Zigarren-Maschine erfunden, welche das Deckblatt zuschneidet, die Füllung einlegt und die Zigarren wickelt und vollendet. Angeblich genügt ein 10jähriges Mädchen zum Betrieb einer solchen Maschine, welche die Arbeit von drei Männern verrichten kann. Eine der großen hiesigen Zigarrenfabriken hat bereits ein Hundert solcher Maschinen bestellt.

So meldete kürzlich ein großes New-Yorker Blatt und die „St. L. Tribune“ bemerkt dazu: Was soll dann aus den Zigarrenmachern werden? Man mag antworten: Was nach Erfindung der Nähmaschinen aus den Schneidern geworden ist; es wird dann wegen der größeren Billigkeit der Zigarren mehr geraucht werden, und so werden die Leute immer wieder Beschäftigung finden. Allein dies ist einfach nicht wahr. Ehrliche Statistiker haben hundertfach bewiesen, daß der Mehrbedarf der Erzeugung lebender Arbeitskräfte durch leblose Maschinen nicht die Stange hält. Es werden vielmehr nach Erfindung arbeitensparender Maschinen in den betreffenden Industriezweigen stets Tausende auf die Straße geworfen, die in ihrem Handwerk keine Beschäftigung mehr finden können und daher meist aus den Reihen der produktiven Arbeiter hinaus in die der Zwischenhändler, der Hausirer u. getrieben werden. Diese Gebiete sind aber auch schon längst überfüllt, und Millionen Dollars gehen täglich dadurch verloren, daß Arbeiter, die willens und fähig, produktiv zu wirken, gezwungen sind, unthätig zu bleiben. Was sind gegen diese Verwüstung von Arbeitskraft, wie sie die heutige anarchistische Volkswirtschaft im Gefolge hat, die Verluste eines Streiks — die reinste Lappalie!

Dann aber wird unter dem System, welches die Vorteile aller Erfindungen ausschließlich in die Hände der Unternehmer legt, auch das Kleingewerbe vernichtet. Die Maschine monopolisirt das Geschäft und wie heute neun Zehntel aller Kleidungsstücke von Leuten gemacht werden, die nicht mehr selbständig sind, sondern im Dienste von großen Unternehmern stehen, so wird es auch nach Einführung obiger Maschine im Zigarrengeschäft werden. Die „Kleinen“ werden ihre Selbständigkeit verlieren und als Lohnarbeiter der „Großen“ ihr Leben zu fristen gezwungen sein.

Denken wir nun einmal den Maschinen-„Fortschritt“

bis zur letzten Konsequenz aus. Angenommen, zur Fabrikation wären fast gar keine Männer mehr nötig, sondern zur Bedienung genügen nur Jungen, Mädchen und Frauen. Ganz ist es noch nicht dahin gekommen, aber die Entwicklung geht schnurstracks auf einen solchen Zustand los. Was soll dann aus den Industriearbeitern werden? Sie haben kein Land, kein Haus, keine Maschine, nichts, was sie ihr eigen nennen — was sollen sie dann anfangen?

Wir glauben, daß schon lange vorher das heutige Wirtshschafts-System zu Grabe getragen wird. Aber um eine Neuerung zu erleichtern, sollte eben schon jetzt von den Gesetzgebungen dem Einfluß der arbeitssparenden Maschinen durch Verkürzung der Arbeitszeit u. entsprechend Rechnung getragen werden.

Aud in Argentinien

Sind die Anfänge einer Arbeiterbewegung vorhanden. Was sich bis jetzt als lebensfähig erwies, das ist von Deutschsprechenden angeregt und in's Leben gerufen worden. Von Buchdruckern wurde im Laufe des vorigen Jahres „El Tipógrafo“ in spanischer Sprache gegründet, allein die zahlreichen Typographen in Buenos Aires hatten nicht so viel Einsicht, um das Blatt zu unterstützen, ebenso erging es dem spanisch und italienisch erscheinenden Arbeiterblatt „Il Socialista“. Unter den hunderttausenden von Italienern fanden sich nicht einige Hunderte, die das Blatt erhalten hätten. Mit um so größerer Genugthuung dürfen die deutschsprechenden Sozialisten auf ihr propagandistisches Unternehmen, den „Vorwärts“, blicken, der bei Beginn des vorigen Jahres monatlich nur zwei mal erschien, seit 10 Monaten aber etwas vergrößert und wöchentlich erscheint. — Durch die Initiative der deutschsprechenden Tischlervereinigung zu Stande, die gute Fortschritte macht, ebenso organisierten sich international die Buchbinder, deren Vereinigung gleichfalls zu den besten Hoffnungen berechtigt und erst in letzter Zeit begannen die Bäder sich zu regen, um eine Besserung ihrer traurigen Lebenslage anzustreben. Wir hoffen, daß sich in diesem Jahre die Arbeiter weiterer Branchen zum Kampf für ihre Menschenrechte vereinigen werden.

Nöthig wäre es, denn die Bedrückung seitens des übermächtigen Kapitals ist hier kaum geringer, wie in Europa. So wird bezüglich der Mieths-tyrannie geschrieben: „Die Tyrannie der Häuservermieter, der die armen Miether hier in Buenos Aires unterworfen sind, kennt fast keine Grenzen mehr. So wird in großen Miethskasernen, in denen 50 und mehr Familien je ein Zimmer bewohnen, das Leitungswasser abgeschlossen. Wie auf dem Schiff erhält dann jede Familie täglich zu einer bestimmten Stunde ihre Ration. Wenn sie damit nicht auskommen oder in der Zwischenzeit welches brauchen, so müssen sie hier am Ufer des Weltmeeres das Wasser von herumfahrenden Wassermännern kaufen. Also trotz des enorm hohen Miethzinses für Löcher, die man in Europa oft nicht gern zu Ställen benutzt, ohne Fenster, nur mit einer Thür versehen, darf der Miether nicht einmal die vorhandene Wasserleitung nach Bedürfnis benutzen. Da ist aber keine Verordnung, kein Gesetz, keine Polizei und kein Gericht, das den Miether vor solchen Ungeheuerlichkeiten der Hausbesitzer schützt. Aber je mehr sich die Miether bieten lassen, desto mehr wird ihnen angethan.“

Etwas über Lehrlingsausbildung.

Aus Arbeiterkreisen erhalten wir folgende Zuschrift: Unter den Forderungen der Jünger ist eine der hervorragendsten das Recht, die Lehrlingsausbildung allein betreiben zu können. Einzelne Innungen haben es ja auch glücklich so weit gebracht. Es möchte fast den Anschein erwecken, und die Fachblätter der Jünger versuchen dies mit allen möglichen Mitteln zu beweisen, als ob die Innungsmitglieder von ihren Berufskollegen am meisten befähigt wären.

Vieles muß aber daran schon Zweifel erwecken. So deutet es unter den heutigen Verhältnissen schon auf eine gewisse Beschränkung hin, wenn man glaubt, durch die vorgeschlagenen Palliativmittelchen dem Handwerk seinen „goldenen Boden“ wieder verschaffen zu können.

Nicht besser bestellt ist es meistens mit den fachlichen Kenntnissen, und sollte der Befähigungsnachweis mit rückwirkender Kraft und mit der Bestimmung, daß die Führung desselben die wirkliche Leistung maßgebend ist, durchgesetzt werden, dann würden sicher unter denen, welche denselben fordern, nicht wenig sein, welche denselben nicht bestehen, vielmehr glänzend durchfallen würden.

Nun rühmen sich unsere Jünger allerdings, daß sie Lehrlinge nur deshalb halten, um — dieselben zu tüchtigen Gewerkschülern heranzubilden, niemals aber, um dieselben — auszubilden. Hierin liegt doch wohl ein großer Vorzug unserer Jünger?

Lehrlingsausbildung hört sich allerdings gefährlich an, doch ist es etwas anderes, wenn junge, gerade in der Ausbildung, in der körperlichen Entwicklung sich befindende Leute 12—16 Stunden in kleineren Städten und Orten, sowie in einzelnen Gewerben noch länger, zu nicht selten schweren Arbeitsleistungen herangezogen und dann mit einem Trinkgeld abgelohnt werden, oder wenn sie überhaupt keinen Lohn erhalten und womöglich, je nach bestimmter Zeit, noch Lehrgeld zuzahlen müssen?

Der Einwand: der Lehrling macht in der ersten Zeit nicht viel, oder: er macht mehr kaputt wie fertig, ist nicht stichhaltig. Wohl kommen derartige Zeiten oder Arbeiten vor, wo dies zum Teil zutrifft, aber selten werden dem Lehrling solche Arbeiten überwiesen werden. Die Arbeitskraft desselben wird vielmehr, wenn irgend möglich, so angewandt, daß durch dieselbe die Arbeitskraft eines Erwachsenen ganz oder zum größten Theil ersetzt wird. Außerdem werden Lehrlinge das erste Jahr sehr oft ausschließlich als Laufburschen oder zu häuslichen Arbeiten benutzt.

Um diese Uebelstände zu bekämpfen und um „etwas Tüchtiges“ aus dem Lehrling zu machen, werden von Innungen zuweilen Fachschulen eingerichtet und in den Lehrverträgen findet man gewöhnlich die Klausel: Dem Lehrling darf die nöthige Zeit zum Besuch der Fachschule nicht verweigert werden. Aber erst kommt der — Geldbeutel, dann die Fachschule. Mit den Fachschulen renommiert man in der Öffentlichkeit; sollte aber etwa die Arbeitszeit des Lehrlings

durch den Besuch der Fachschule verkürzt werden, dann ist es mit dem Besuch rasch vorbei.

Aber der Lehrling wird doch endlich auch einmal — Geselle, und diese Zeit kommt für den Meister gewöhnlich immer zu schnell. Aber er weiß sich auch da mitunter sehr gut zu helfen. Der eingetretene Lehrling muß selbstverständlich bei der Innung eingeschrieben werden. Sollte der Eintritt in das Lehrverhältnis z. B. Mitte Oktober oder November erfolgen, dann kann das Einschreiben bei der Innung natürlich nicht vor dem 1. Januar geschehen. Im Lehrvertrag steht dann: das Lehrverhältnis dauert vier Jahre; logisch wäre dann, daß der Lehrling vier Jahre nach dem Eintritt in das Lehrverhältnis am selben Datum die Lehrzeit beendet haben müßte. Der Eintritt kann aber ruhig am 1. Oktober erfolgt sein, die Lehrzeit gilt erst am 1. Januar darauf, also nach 4 1/2 Jahren als beendet, trotzdem dieselbe auf vier Jahre verabredet war: im Kontrakt wird das Datum gesetzt, an welchem die Einschreibung bei der Innung erfolgte. Derartige Fälle kommen so häufig vor, daß bei den Innungsmeistern ein derartiges Verfahren fast Regel geworden ist.

Die Lehrlinge an und für sich wären wieder in verschiedene Klassen zu theilen: solche, welche im Hause oder richtiger in der Wohnung des Lehrherrn Kost und Schlafstelle haben und solche, welche gegen geringes Kostgeld bei Eltern oder sonstigen Bekannten wohnen. Die ersten sind von allen wieder am schlimmsten daran, nicht allein, daß die Kost nicht selten knapp bemessen ist und die Schlafstelle sich in der düstigen Werkstätte oder auf dem Hängeboden befindet, auch die Arbeitszeit ist bei diesen gewöhnlich eine längere; meistens geht es bei diesen aus dem Bett in aller Frühe zur Arbeit und Abends spät von der Arbeit in's Bett. Wenn bei denen, welche außerhalb der Wohnung des Lehrherrn schlafen und wohnen, die Arbeitszeit gleichfalls oft übermäßig lang ist, so ist sie es noch immer nicht in dem Maße, wie bei den ersterwähnten.

In einzelnen Gewerben ist die Lehrlingszuchterei derartig geblieben, daß Gehilfen und Arbeiter in manchen Geschäften nicht selten fast vollständig durch Lehrlinge ersetzt werden. Wie häufig werden Lohnbewegungen durch Ueberanstrengung der Lehrlinge in die Länge gezogen, wenn nicht illusorisch gemacht. Die Lehrlinge werden dann länger beschäftigt, mehr angepörrt oder wohl gar aus einem Geschäft in das andere geschoben oder gegenseitig geliehen. Bei fast allen Lohnbewegungen, mit wenigen Ausnahmen, wurden derartige Erfahrungen gemacht.

Bei solchen elenden Verhältnissen müssen in vielen Branchen die Lehrlinge auch noch den größten Theil des Werkzeugs auf eigene Kosten halten, ohne daß sie das ganze Jahr auch nur einen Pfennig vom Lehrmeister bekommen. Biersch sind es auch Kleinigkeiten, welche alle Woche verbraucht werden, man möchte diese fast als einen Theil des Rohmaterials betrachten, den die Lehrlinge auf eigene Kosten halten müssen.

Das ist die heutige „Lehrlingsausbildung“, wie sie die Jünger, des größeren Profites wegen, gern allein in Anspruch nehmen möchten. Die Eltern mögen das im Auge behalten, wenn sie ihre Kinder in die Lehre geben wollen.

Veranlassung mehr als außergewöhnlich ist, nämlich ein Einsturz drohendes Fabrikgebäude. Den Sachverhalt beschreibt die Arbeiter-Zeitung so: „Das Gebäude, in welchem sich die Werkstätte derselben befindet, ist so baufällig, daß die vier Wände desselben schon lange, und in der letzten Zeit besonders augenfällig, nach anwärts herüberhängen. Die in jenem Gebäude beschäftigten Arbeiter wurden diesen baufälligen Zustand desselben zwar gewahrt, wurden sich aber der Lebensgefahr des Arbeitens darin kaum bewußt, bis von ihren Arbeitgebern, die sehr wohl wußten, wie bedroht die Leben ihrer Arbeiter seien, das unerhörte Anstehen an sie gestellt wurde, eine Art Kontrakt zu unterzeichnen, indem sie für sich und ihre Angehörigen auf alle etwaigen Schadenersatz-Ansprüche hätten Verzicht leisten sollen, wenn jener Kontrakt in der nächsten Zeit wirklich zusammenfällt und sie unter seinen Trümmern begräbt. Nun erst wurden sich die Arbeiter ihrer wirklichen Lebensgefahr bewußt, und weigerten sich fast Alle, jenes Schriftstück zu unterzeichnen. Zu erwähnen ist hierbei noch, daß von dem Beamten der Firma der Versuch gemacht wurde, die Arbeiter, von denen viele nicht englisch lesen können, dadurch zur Unterschrift zu bewegen, daß man ihnen vorredete, jenes Schriftstück sei eine Liste für die Kollektion von Beiträgen zur Unterfütterung eines in jenem Gebäude vor einiger Zeit an der Maschinerie verunglückten Arbeiters. Doch auch hiermit hatten jene Beamten nur wenig Erfolg, 123 der 125 Arbeiter weigerten sich, jenes Schriftstück zu unterzeichnen und legten, da die Erlaubnis, weiter zu arbeiten, von der Unterzeichnung desselben abhängig gemacht wurde, die Arbeit nieder. Die Arbeiter hielten eine Verammlung ab, in der sie beschloßen, unter keiner Bedingung jenen Kontrakt zu unterzeichnen oder in jenem Gebäude ferner noch zu arbeiten, und lieber zur Entschädigung der Firma auf einen Wochenlohn zu verzichten, wenn dieselbe nur ihre Fabrikräume in ein sicheres Gebäude verlegen wollte.“ — Soweit dieser Bericht, dessen ersaunlichster Theil jedenfalls der Schlussatz ist. Daß die Arbeiter sich auch noch bereit erklären, die Umzugskosten des Geschäftes zu zahlen, das übersteigt denn doch die Grenzen der „Gemeinlichkeit“ zu arg. Sieht es denn in Chicago keine Bau-Inspektoren, an die sich die Leute wenden konnten? Im Uebrigen könnte ein Kommentar diese Darstellung nur abschwächen.

Die Lage der Arbeiter in der Zuckerindustrie Oesterreichs ist eine höchst traurige. Die Millionäre der Fabrikanten strecken die fetten Prämien ein, die ihnen der Staat gewährt, für die Arbeiter fällt dabei nichts ab. Ueber ihre Schicksale lesen wir in dem Wiener Arbeiterblatte: „Die Arbeitsperiode in den Zuckerröhrwerken beginnt im Oktober oder November und dauert von da an durch 4—5 Monate. Die Arbeiter, meist aus der Gegend des Friaulortes, rekrutirt sich aus der Landarbeiterklasse. Eine Fabrik, die 250 000 Meterzentner Rüben verarbeitet, 300 Arbeiter, da die ländlichen Arbeiter den Winter über ohne Beschäftigung sind, erhält sie der Fabrikant natürlich auch bei den miserabelsten Löhnen für die Industriearbeit. Im Jahre 1884 waren nicht weniger als 66 707 Arbeiter in den 230 Zuckerröhrwerken beschäftigt, es entfielen auf eine Fabrik im Durchschnitt 290 Arbeiter, und zwar 203 männliche und 87 weibliche; dieses Verhältnis ist aber nicht überall das gleiche, so kamen in Böhmen auf 203 männliche nur 75 weibliche, dagegen kamen auf die gleiche Zahl männliche in Währen 96 und in Schlesien 146 weibliche Arbeitskräfte. Ueber die Löhne liegen keine brauchbaren Angaben vor, man kann nur behaupten, daß der niedrigste Lohn im Durchschnitt der letzten 10 Jahre bei den Arbeitern 35, bei den Arbeiterinnen 19 kr. betrug; der niedrigste Lohn wurde an Männer im Betriebsjahre 1878/79 mit 25 kr. und im Betriebsjahre 1882/83 mit 15 kr. an Frauen gezahlt, bei einer 12—18 stündigen Arbeitszeit, in kolossaler Hitze und Roberkluft. — Es giebt wohl nicht leicht eine Industrie, in der die Sittlichkeit der Frauen und das Schamgefühl der Kinder so bedroht wäre, als gerade die Zuckerindustrie, denn die Frauen können der großen Hitze wegen (mindestens 30° C., in der Trockenstube 35—50° C.) höchstens Hemd und Unterrock tragen, die Männer sind gezwungen total nackt bis zu den Lenden zu arbeiten. — Die große Hitze und der Wechsel der Temperatur, dem die Arbeiter bei ihrem regen Verkehr zwischen den Arbeitsräumen ausgesetzt sind, veranlaßt Erkältungskrankheiten, namentlich Rheumatismus; sie ist ferner die Ursache von sogenannten Hitzschlägen, häufiger noch von Kopfschmerz, Beklemmung, Mattigkeit und selbst Ohnmachten. Es giebt Beispiele genug, daß die kräftigsten Leute die Kandisstuben nicht betreten können, ohne in einen ohnmachtsähnlichen Zustand zu verfallen. Die diesen im Arbeitsraume herumliegenden Zuckerrückstände erzeugen Ausschläge, so u. A. die bekannte schmerzhafteste Hautentzündung, die man im Volksmunde als Blutschwamm bezeichnet. Die traurigen Lohn- und Wohnungsverhältnisse in den Zuckerröhrwerken veranlassen oft ansteckende Krankheiten, Krüppel u. a. Sehr häufig sind auch Unfälle in den Zuckerröhrwerken, die zum Theil auf mangelnde Schutzvorrichtungen, vor allem aber auf die Ueberanstrengung und Ermattung der Arbeiter zurückzuführen sind, deren Gehirn durch die Hitze stark geschwächt wird. Die Arbeiter in diesen Fabriken neigen natürlich zum Alkoholgenuss. Vertragen denselben aber weniger wie andere Arbeiter und gehen leicht daran zu Grunde. — So hat die Zuckerindustrie die elendesten Löhne, verlangt übermenschliche Arbeit, gefährdet die Sittlichkeit und Gesundheit der arbeitenden Personen mehr, als sonst irgend ein anderer Betrieb. Aber so ist eben jenes Schicksal unserer Politiker, die Zuckerindustrie: sie braucht die Ausbeutung und Abdruckerung von Frauen und Kindern bei Tag und Nacht und sie braucht — die Zuckerprämie. Beides wird ihr bereitwillig gewährt.“

Schulgeldrestanten im gemüthlichen Sachsen. In Sachsen soll es vorkommen, daß nicht bloß Steuerrestanten, sondern auch Familienväter, welche das Schulgeld nicht entrichten konnten, öffentlich ausgehängt und damit gebrandmarkt werden. Der Abg. Kaden berichtet darüber in der sächsischen Kammer: „In Seiffenhennersdorf in der Oberlausitz, in dieser armen Webergegend, beträgt das Schulgeld für die ersten 4 Jahre pro Kind 5 Mark, für die weiteren 4 Jahre 7 Mark 50 Pf. Dies muß nun auch bezahlt werden und wehe Dem, der nicht zahlt. . . Ich erlaube mir, einen kleinen Auszug von der Liste der Schulgeldrestanten Ihnen hier bekannt zu geben; darauf ist angegeben ein Handweber mit 116 Mark 50 Pf., ein Brunnengräber mit 142 Mark 20 Pf., ein Fabrikarbeiter mit 128 Mark Schulgeldrest. (Unruhe und Bewegung in der Kammer.) Meine Herren! Ein Tagearbeiter befindet sich mit 154 Mark, ein Zimmermann mit 155 Mark in Rest, und diese ungeheuren Summen können diese Leute absolut nicht bezahlen, indem dieselben höchstens 6, 7 oder 8 Mark pro Woche verdienen und 6, 8 und 9 Kinder haben. Dadurch, daß deren Namen öffentlich ausgehängt werden, tritt der Zustand ein, daß andere Menschen den Verkehr mit ihnen meiden und bei allem guten Willen sie dennoch nicht in der Lage sind, diese Summen zu zahlen. Dadurch, daß sie ihr Schulgeld nicht zahlen können, verlieren sie gleichzeitig ihre politischen Rechte und ich meine, in einer Zeit, wo viele Millionen für höhere Bildungsanstalten angewendet werden, kann man auch etwas für die unteren Schichten der Bevölkerung thun, indem das Schulgeld für die Volksschulen aufgehoben wird, um der Armuth nicht den Stempel der Schande aufzudrücken. In Pausa im Voigtlande wurde ein Strumpfwirker Namens Frisch, weil er das Schulgeld nicht bezahlen konnte, ebenfalls auf die Restantenliste

Kleine Mittheilungen.

Den Sozialdemokraten „Atheismus und Materialismus“ vorzuwerfen, dazu haben die bestehenden Klassen bekanntlich gar kein Recht. Ehrliche Gegner haben das auch stets zugestanden. So schreibt z. B. der strenggläubige, durchaus konservative Professor der Theologie, Alexander von Dettingen in seiner Schrift: „Was heißt christlich-sozial“ (1886): „Haben in Bezug auf Ehe und Familie, Religion und Christenthum die oberen Klassen ein Recht, die unteren einer größeren Frivolität anzuliegen als sich selbst? Wo ist die Praxis der Beringshaltung der Ehe, wo ist die Praxis der freien Liebe am verbreitetsten? Und mit welcher Stirne kann man es wagen den Nächsten zu rüthen in dem, was man selbst treibt? . . . Die sogenannten gebildeten Klassen haben schlechterdings kein Recht, den Sozialismus wegen seines Atheismus anzuliegen; sie sollten vielmehr an die eigene Brust schlagen und bekennen, daß sie es sind, welche auch heute noch mit ihrem vornehmen Pessimismus und philosophischen Darwinismus, mit ihrer Gemüthsbeile und Frivolität das gefährlichste Material zu dem großen Weltbrande herbeiführen und sich damit als die bedeutendsten Handlanger des atheisstischen Sozialismus, der Petroleusen und Dynamitkisten, ja des nihilistischen Terrorismus erweisen.“ Hier verleugnet sich allerdings der orthodoxe Jodelt nicht, aber das kümmert uns hier nicht weiter. „Das vornehm verlumpte Volk“ nennt Dettingen die sogenannte feine Gesellschaft und schildert sie folgendermaßen: „Das Familienleben darniederliegend, die Ehen verwöhlet, die Kinder dem Gesinde überlassen, die Schule vernachlässigt, die Diensthöfen malträtiert und das ganze Hauswesen, von Außen glänzend, von Innen verfault, in Schmutz und Schulden zu Grunde gehend.“ — Wie gefällt dieses Konterfei unseren Besizenden?

Zunahme des Großbetriebs und Abnahme der Arbeiter. Aus dem Egerer Kammerbezirk (Böhmen). Die folgenden Daten sind den statistischen Berichten der Egerer Handelskammer für die Jahre 1876—1880 und 1881—1886 entnommen. Bierbrauereien gab es danach bis zum Jahre 1880: 142; in fünf Jahren vor ihre Zahl bis auf 133 herabgegangen! Trotzdem hat sich die Menge des erzeugten Bieres vermehrt. Die 142 Brauer erzeugten 608 210 Hektoliter Bier zum Preise von 4804 536 Gulden, mit der Abnahme der Brauereien stieg die Erzeugung auf 648 913 Hektoliter — 5 171 545 Gulden. Die Zahl der in den Brauereien und Mälzereien beschäftigten Arbeiter betrug 1880: 938 Männer, 11 Weiber und 27 Lehrlinge, fünf Jahre später: 911 Männer, 23 Weiber, 25 Lehrlinge. Je mehr ein Gewerbe sich dem Großbetrieb nähert, desto weniger Hände beschäftigt es im Verhältnis zu früher.

Eine kürzlich veröffentlichte „Arbeits- und Lohnstatistik“ für London stellt unter anderen Arbeitsverhältnissen auch einen Vergleich der Löhne der sogenannten unskilled labour (Tagelöhnerarbeit) vom Jahre 1830—1886 fest. Darnach bezahlte man den Londoner Hafnarbeitern zu jener Zeit einen Wochenlohn von 21 Schilling (1 Schilling = 1 Mark). Heute übersteigt derselbe in den seltensten Fällen 18 Sch. und das bei einer Miethssteigerung gegen jene Zeit um 60 pCt. und einer, wenn auch nicht so hohen Lebensmittelpreiserhöhung. Beim Ausladen der Schiffe verwendet man natürlich so gut als bei der Industrie Maschinen, und obiges Resultat ist der Vortheil, den der Arbeiter von diesen hat. Bei den Bauarbeitern (von gelernten Handwerkern, wie Steinhaue, Anstreicher u., immer abgesehen) ist das gleiche Verhältnis zu verzeichnen. Auch in Irland ist der Lohn für die Landarbeiter gegen früher zurückgegangen; denn wenn damals der Streich noch 10 Sch. per Woche erhielt, bekommt er heute nur noch 8 Sch. inklusive Kost. „Dies ist“, bemerkt zu obigen Thatfachen „Reynolds Newspaper“, „eine bedenkliche Aussicht in die Zukunft für jene Unglücklichen und sollte sie wahr sein, bei Zeiten Mittel ausfindig zu machen, um das sie erwartende Schicksal abzuwenden. Rettung liegt da nur in der Vereinigung aller Arbeiter. Die Arbeiter können ruhig dahingehungern bis zum Sterben, falls sie es nicht vorziehen, energisch für ihre Sache einzutreten und sich zu vereinigen. Es giebt nur einen Weg aus dem heutigen Elend und der ist: entschlossenes Zusammenhalten der Arbeiter und ihre Vereinigung zum Zwecke der gemeinsamen Produktion!“

Was man den „freien Arbeitern“ bieten darf. In Chicago findet gegenwärtig ein Streik der Arbeiter einer Fabrik müsstlicher Instrumente von Lyons, Healy & Co. statt, dessen

gesetzt und öffentlich ausgehängt, damit er keine Wirtshaft betreiben dürfe. Nun geht die Strampfwirkerei sehr schlecht und deshalb verdingt sich genannter Frisch als Tagelöhner. Der Arbeitgeber bestellt diesen Mann in eine Bierwirtschaft, um einen andern Arbeiter mitzunehmen und die Arbeit gemeinschaftlich zu verrichten. Dadurch, daß der Arbeiter der Ordre seines Arbeitgebers nachkam und in der Wirtshaft erschien (den „Restanten“ ist dies in Sachen verboten! D. R.), bekommt er ein Strafmandat von 1 Tag Haft; die dagegen eingelegte Verurteilung an das Amtsgericht wird verworfen und das Urtheil bestätigt, weil er die behördliche Verordnung überschritten hätte. **Der Mann wird zu das Gefängniß gesteckt, weil er zu arm war, Schulgeld zu bezahlen.** — In dieser öffentlichen Brandmarke der Schulgeldrestanten soll nun allerdings, wie der Vizepräsident Streit und der Kultusminister Gerber bemerkten, eine Ueberschreitung der Befugnisse der Gemeindebehörden liegen. Aber wie traurig, daß der Staat armen Familienvätern durch den Schulzwang überhaupt Ausgaben auferlegt, die sie nie und nimmer bestreiten können. Zum Schulzwang gehört als Ergänzung die Aufhebung des Schulgeldes — sonst kommt man zu ganz unhaltbaren Zuständen.

Zum Berliner Sozialistenprozeß.

Berlin, den 24. Februar.

In den Räumen des Moabiter Landgerichtsgebäudes hat sich in den letzten Tagen einer jener Prozesse abgepielt, wie sie seit der berühmten Reichsgerichtsentscheidung nach dem Chemnitzer Prozeß den deutschen Arbeiterstand so oft betroffen haben.

Auch in Berlin soll nach der Meinung der Regierung eine geheime Verbindung zur Förderung verbotener sozialdemokratischer Bestrebungen bestehen, und die Polizei glaubt das Zentralkomitee dieser „Organisation“ Mitte Juli v. J. in der Lothringersstraße aufgehoben zu haben. Sieben Mann arretirte sie damals spät Nachts, einen achten noch früh am nächsten Morgen, und nicht weniger als vier Monate währte die Untersuchungshaft dieser Opfer des Sozialistengesetzes. Für den 21. November war endlich der Prozeß anberaumt, er wurde wegen ungenügender Vorbereitung vertagt, am 23. desselben Monats öffneten sich den Angeklagten zum ersten Male wieder die Kerkerthüren, für den einen,

den Schneider Heinrich Winters, nur, damit er wenige Tage darauf in Freiheit — sterben konnte. Die anderen standen am Dienstag vor den Äußen und wer weiß, wie bald und auf wie lange Zeit für sie wieder das Martyrium der Freiheitsberaubung beginnt!

Der Verlauf des Prozesses wird unseren Lesern bekannt sein und er bot auf Seiten der Belastungszeugen das gleiche Bild, das wir aus anderen ähnlichen Verhandlungen bereits zur Genüge kennen. Polizeibeamte, die erklären, sie wüßten alles auf das Genaueste, könnten aber der Amtsverschwiegenheit wegen ihre Gewährsmänner nicht nennen — solche Leute tragen am meisten dazu bei, die Schlingen zu legen, in denen die Angeklagten gefangen werden sollen. Diese Zeugen machen natürlich auch auf eine unbeschränkte Glaubwürdigkeit Anspruch, obwohl ihnen mehrfach nachgewiesen wird, daß sie ganz falsch berichtet sind. Dabei werden alle Mittel in Anwendung gebracht, um weitere Zeugen heranzuschaffen. Während der Haft ihres Mannes sieht sich die Frau eines Angeklagten durch die Noth gezwungen, ein altes Weib in Logis zu nehmen; Geheimpolizisten wissen die Alte auszuforschen und zum Zeugniß zu verleiten. Ein Kriminalschuttmann Fromberg giebt sich alle Mühe, einem der Angeklagten als Jurist zu erscheinen und sich als Verteidiger aufzudrängen, um dann natürlich sein vertrauensseliges Opfer gehörig ausforschen zu können. Der Streich prallte glücklicher Weise an der Besonnenheit des Angeklagten ab. Das sind die Mittel, zu denen man greift!

Trotz alledem war die Ausbeute für die Regierung eine sehr, sehr dürftige, und wir hoffen daher mit Bestimmtheit, daß die Freisprechung der Beschuldigten, monatelang Inhaftirten und aus Stellung und Arbeit Gerissenen erfolgen wird. Die Wunden, welche ihnen die Haft und die Unsicherheit der letzten Monate geschlagen hat, können freilich durch die Freisprechung nicht geheilt werden. Sollte die acht Arbeiter aber doch das Schicksal so vieler Parteigenossen im Reiche treffen, so werden sie darin Trost finden, daß sie für die hohe, gemeinsame Sache des Volkes leiden, und daß die deutsche Arbeiterklasse darum ihre Namen immer in Ehren halten wird.

Die Angeklagten waren:

1. der Maurer Ferkel,
2. der Expedient dieses Blattes Apelt,
3. der Tischler Scholz,
4. der Eisenmacher Jahn,
5. der Schlosser Neumann,
6. der Tischler Schmidt,
7. der Maurer Biltsche,
8. der Tischler Seelig.

Gewerkthätliches und Vereine.

Der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker hält vom 13.—15. März seine (5. ordentliche) Generalversammlung in Hamburg ab, um sich über die, durch den Entschluß des preussischen Ministeriums nothwendig gewordenen Schritte schlüssig zu werden. Aus der Fülle von Anträgen, die bisher gestellt worden sind, heben wir folgende hervor. Die Mitgliedschaft **Dresden** wünscht, an dem Prinzip der Vereinigung der Lohnorganisation mit den Unterstützungsorganisationen festzuhalten und event. Dezentralisation vorzunehmen. — Der **Gau Leipzig**

beantragt, unter Sicherstellung der Unterstützungsansprüche der Mitglieder den U. B. D. B. in einzelne, im Allgemeinen den Bundesstaaten entsprechende Theile zu zerlegen; denselben überlassend, sich auf Grund der resp. Landesgesetzgebungen zu organisiren, wobei dieselben jedoch an die ausgebreitetste Gegenseitigkeit gebunden sind, ferner in Konsequenz dessen: die Ablösung der gegenwärtigen Verpflichtungen in der Invalidenkasse durch Einlauf der vorhandenen Invaliden in eine Versicherungsgesellschaft vorzunehmen, und zwar in der Erkenntniß:

1. daß eine sich über das ganze Reich erstreckende Organisation der Gehilfenschaft nach dem Entschlusse des preussischen Ministeriums ferner unthunlich erscheint,
2. weil einer solchen eine zweckentsprechende Bewegungsfreiheit lediglich auf Grund der preussischen Gesetzgebung nicht zu gesichert werden kann und demnach
3. fortwährend der Gefahr erneuter Aufsetzungen seitens der Behörde ausgesetzt wäre und unter der dadurch herbeigeführten Beunruhigung und Unsicherheit des Ganzen jedes einzelne Glied fortwährend zu leiden hätte,
4. aber die gegenwärtige Lage der Gehilfenschaft eine gefestete, mehr vertrauensverweckende Form der Vereinigung bedingt und den einzelnen Mitgliedern der deutschen Gehilfenschaft in den einzelnen Landesgesetzen eine gesicherte organisatorische Grundlage gegeben ist, um weiterhin die gemeinschaftlichen und sozialen Interessen der Gehilfenschaft pflegen zu können.

Die Mitgliedschaften **Freiburg i. B.** und **Konstanz** stehen auf folgendem Standpunkt: Auflösung des U. B. D. B. und Errichtung von Landesvereinen an dessen Stelle, die durch Gegenseitigkeitsverträge die bisherigen Rechte der Mitglieder des U. B. D. B. garantiren. Eventuell Errichtung eines Zentralvereins zur Unterstützung derjenigen reisenden Buchdruckergehilfen, welche Mitglieder von Landesvereinen oder anderer mit denselben in Gegenseitigkeit stehenden Buchdruckervereinen waren. — **Schwerin** beantragt ebenfalls, den U. B. D. B. aufzulösen und an dessen Stelle Landes- bzw. Gauverbände auf der Grundlage breiterer Gegenseitigkeit treten zu lassen. — Die **Invalidenkasse** betreffend hat der **Gau Hannover** ein vollständig neues Statut ausgearbeitet, hoffend, mit demselben die Genehmigung der Kasse für Preußen zu erreichen. Trotzdem die genannte Kasse bei den heutigen Beiträgen und Leistungen sehr gut zu bestehen vermag, haben die Verfasser des neuen Statuts, um der preussischen Regierung den letzten Anlaß zu einer Nichtzulassung zu nehmen, den Beitrag von 20 auf 25 Pf. wöchentlich und die Karenzzeit für diejenigen, welche sofort nach Beendigung ihrer Lehrzeit beitreten, von 5 auf 10 Jahre erhöht. Für die später Beitretenden soll die Karenzzeit eine noch längere sein. Die Unterstützung, pro Tag eine Mark, ist in diesem Statut dieselbe geblieben. Die vorhandenen 740 000 Mark sollen einen unangreifbaren Reservefonds bilden, welcher durch bestimmte Zuführungen auf den fünfzehnjährigen Betrag einer Jahresausgabe erhöht wird. — Das alles wird kaum etwas fruchten. Der Regierung handelt es sich bei den Kassen gar nicht um Zahlungsfähigkeit oder nicht, sondern um Unabhängigkeit oder Abhängigkeit von Unternehmern und Behörden. Die Unabhängigkeit ist ihr ein Dorn im Auge, und diese soll vernichtet werden zu Gunsten derjenigen bestehenden oder noch zu schaffenden Kassen, die eine ganz andere Beeinflussung gestatten. Da hilft alles Nicht an Beiträgen und Karenzzeiten nichts.

Aus Halle erhalten wir folgende Zuschrift: Die Zahlstelle der Vereinigung der Drechsler Deutschlands zu Halle a. S. hielt am 20. Februar eine Hauptversammlung ab. Die Tagesordnung war: 1. Wahl einer Kommission von 3 Mitgliedern, welche sofort in Funktion treten sollen bei Ausbruch eines Streikes. Gewählt wurden die Kollegen Lenke, Kühnel und Kunze. 2. Gründung einer Zahlstelle der Central-Krankenkasse der Drechsler und Gewerkschaften Deutschlands, worüber sich eine ziemlich lebhafteste Debatte erhob; zum Schluß wurde dieser Punkt einer öffentlichen Versammlung anbeigegeben. 3. Kassen-Bericht des am 30. Januar abgehaltenen Valles. Dieser Punkt rief insofern eine sehr lebhafteste, man mag sagen sehr hitzige Debatte hervor, als die Kollegen Lenke und Kühnel „Sozialdemokraten, ja sogar Ausgewiesene“ (scharflich) eingeladen haben sollten und solche Leute sollte die hitzige Zahlstelle der Vereinigung nicht haben! Ja, sind wir denn nicht alle Arbeiter, und wenn die Arbeiter unter sich nicht einig sind, wie sollen sie den Kampf gegen das Kapital führen? Und haben die Ausgewiesenen nicht für die Arbeiter gelitten? Und gerade hier in Halle, was verdient ein Gefelle? Kommt er außer Arbeit, so weiß er nicht wohnen. Die verarbeiteten Gesellen verdienen hier 12 bis 15 Mark, höchstens mal im Rothfall 18 Mark pro Woche bei eifrigher Arbeitszeit. Was mögen da wohl erst die Ledigen verdienen? Also Kollegen, nehmt Euch hier ein Beispiel und seid einig untereinander, wie es sich ziemt. Einigkeit macht stark — das erkannte man auch hier und wählte die beschimpften Kollegen wieder in die Kommission.

Zur Beachtung für Maurer und Zimmerleute! Am Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 10 Uhr, findet in Buggenhagen's Saal, am Moritzplatz, eine vom Innungsausschuß für das Gesellenwesen einberufene Versammlung statt. Tagesordnung: **Besprechung über die Bildung eines Gesellenausschusses, für welchen auf Grund des § 36 des Innungsstatuts 5 Maurer, 5 Zimmerer, sowie je 3 Stellvertreter gewählt werden sollen.**

Der Streik in der Luther'schen Maschinenfabrik in Braunschweig. Am Sonnabend, den 11. Februar, haben die Arbeiter der Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt von G. Luther in Braunschweig die Arbeit eingestellt, nachdem von dem Fabrikanten über die Holzarbeiter der Fabrik die Sperre verhängt war. Das Verbrechen derselben war ihr Widerstand gegen die Selbstherrlichkeit des Fabrikanten. Da die Metallarbeiter vergebens die Jurisdiction jener Ausperrung ihrer Mitarbeiter auf gültigem Wege zu erwirken suchten, so erheischte es ihre Ehre und ihr eigenes Interesse, die Sache ihrer gemäßigten Kollegen als die eigene zu betrachten. Mühten sie doch, wenn sie feige ihre Kollegen im Stich ließen, jeden Augenblick das gleiche Schicksal erwarten. In Folge dessen erfolgte am Sonnabend, den 11. Februar, die Niederlegung der Arbeit der sämmtlichen Arbeiter der Fabrik, so daß zweihundert Arbeiter arbeitslos und also auch brodbrodlos daheben. Arbeiter, Genossen! Wir vertrauen auf Euren kameradschaftlichen Geist und hoffen, daß Ihr uns in unserem Kampfe unterstützet werdet. Unsere Sache ist auch die Eure; unter Sieg befestigt die Arbeiterklasse,

unser Niederlage wird sich sofort in dem Triumph der Fabrikanten auch in den anderen Fabriken geltend machen. Vor Allem sorgt für die Verhütung des Zusages! Briefe und Sendungen sind zu richten an Schlosser G. Schubert, Rogge'sche Restauration, Alte Knochenhauerstraße 11. Braunschweig, den 12. Februar 1888. Mit kameradschaftlichem Gruß: Die Streik-Kommission. J. A.: G. Schubert.

Der Streik der Berliner Sattler ist laut Beschluß der Versammlung vom 18. Februar als beendet zu betrachten. Bitte etwaige noch ausstehende Listen gültig an Unterzeichneten senden zu wollen. G. Ahmann, Neue Jakobstr. 11 im Lokal von Marx. Von Vormittags 9 Uhr bis Abends 9 Uhr.

— **Tischler-Verein** Mitgliederversammlung, heute Abend 9 Uhr, Kottbuserstr. 4a. Tagesordnung: 1. Vortrag des Privat-Gelehrten Herrn Emil Reil über „Römische Verfassung“. 2. Beschlußfassung über das diesjährige Sommervergnügen. 3. Erledigung eines Unterstützungs-gesuches.

— **Verein der Sattler und Fachgenossen**. Versammlung am Sonnabend, 25. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. Tagesordnung: Gewerkschaftliches. Diskussion. Verschiedenes. Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt. — Zu dem am 3. März stattfindenden Wiener Maskenball sind Billets am Vereinsabend und im Restaurant Neue Jakobstr. 11 zu haben.

— **Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen**. Sonnabend, den 25. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Jordan, Neue Gränstr. 28, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Gerlich über Finnland (Land und Leute, Sitten und Gebräuche). 2. Vierteljahresabrechnung. 3. Verschiedenes. — Ausgabe der Billets zu dem am 10. März in den Räumen des Vereins junger Kaufleute, Beuthstr. 20—21, stattfindenden Maskenball. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich bei Herrn G. Pring, Wienerstr. 62, Hof 1 Tr.

— **Verein der Steinhauer Berlins und Umgegend**. Generalversammlung am Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale Gartenstr. 123. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Revision der Kasse und Jahresabschluss. 3. Wahl des Vorstandes und der Kassenrevisoren.

— **Fachverein der Former und Berufsgegnossen**. Generalversammlung am Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 11 Uhr, im Kaufmann's Lokal, Invalidenstr. 144. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Baumgarten über „Die Ideen des ewigen Völkerrfriedens“. Diskussion. Ergänzungswahl zum Vorstand. Verschiedenes und Fragekasten. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

— **Verband deutscher Zimmerleute** (Lokalverband Berlin Centrum). Versammlung am Dienstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr, Kommandantenstr. 72, im Neuen Klub-Haus. Tagesordnung: 1. Anträge zum Handwerkerkongress. 2. Das Verhalten der Mitglieder gegenüber den einzelnen Vorstandsmitgliedern. 3. Die Lokalfrage. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

— **Fachverein sämmtlicher im Drechslergewerk beschäftigten Arbeiter Berlins**. Versammlung am Dienstag, den 28. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a. Tagesordnung: Vortrag: „Ueber die endgültigen Ziele der gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiter in der Jetztzeit“, unter besonderer Berücksichtigung der „Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalle's“. Referent: Robert Sandermann.

— **Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgegnossen (G. V.)**, Mitgliedschaft Berlin. Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 10 Uhr, in Nietz's Salon (Lammer), Kommandantenstr. 71—62, Versammlung (§ 40 des Statuts). Tagesordnung: 1. Rechenschafts- und Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Das Kassenbuch legitimirt. Mitglieder haben keinen Zutritt. Um recht zahlreiches wie pünktliches Erscheinen ersucht der Vorstand.

— **Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. V. 29, Hamburg)**. Filiale Berlin 8. Versammlung am Sonntag, den 26. Februar, Badstr. 22 bei Gottschalk. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Herrn Diez, Lehrer der Naturheilkunde. 3. Innere Kassenangelegenheit. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist nothwendig.

— **Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. V. 29, Hamburg)**. Den Mitgliedern der Berliner Filialen 1, 2, 3 und 4, sowie den Filialen Nirsdorf, Tempelhof, und Nieder-Schönweide zur Nachricht, daß am Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 10 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a, eine **kombinirte Versammlung** stattfindet, zu welcher alle Mitglieder obiger Filialen hiermit eingeladen werden. Tagesordnung im Anferatenthell.

— **Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämmtlicher Berufsclassen (Filiale Berlin 1)**. Versammlung am Sonnabend, 25. Februar, Abends 8 Uhr, Blumenstr. 78 bei Wollschläger. Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung sowie zu jeder Tageszeit beim Vorfindenden Sasse, Hakenhaide 48, und beim Kassierer Schilling, Kopenstr. 48, aufgenommen.

— **Verein zur Wahrung der Interessen der Slavienarbeiter**. Der diesjährige Wiener Maskenball findet Sonnabend, den 10. März, in den auf das eleganteste decorirten Sälen der „Philharmonie“, Bernburgerstr. 22a—23, statt. Billets à 60 Pf. sind zu haben bei: G. Nagel, Wienerstr. 62, 3 Tr.; G. Hahn, Lübbenerstr. 13; F. König, Al. Andreasstr. 5; Mahne, Büdlerstr. 15, 3 Tr.; Winger, Kammstr. 78; im Arbeitsnachweis bei Pfister, sowie bei sämmtlichen Vorstandsmitgliedern. An der Kasse werden keine Billets verkauft.

— **Der Fachverein für Schlosser und Berufsgegnossen** feiert am 25. Februar sein 84jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Wiener Maskenball, in den Sälen des Grand Hotel Alexanderplatz. Großer Ball. Vorher Konzert von einer 10 Mann starken Kapelle. Gesang und komische Vorträge, ausgeführt vom Gesangsverein Europe. Verschiedene Befestigungen. Anfang 8 Uhr.

— **Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgegnossen (Verbandsverein)**. Sonnabend, den 25. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Reger, Alte Jakobstr. 83. Gemüthliches Beisammensitzen mit Damen, bestehend in Vorträgen und Tanz. Kollegen und Gäste sowie Damen willkommen. Um recht zahlreiches Besuch bittet der Vorstand.

— **Kranken- und Begräbniskasse für Gärtler und Bronceure (G. V. 60)**. Der Maskenball findet am 25. Februar in den glänzend decorirten Räumen der Philharmonie statt.

— **Der Verein der Damenmäntel-Schneidergesellen, Bügler, Stepper, Zuschneider** feiert sein 2. Stiftungsfest am 10. März in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Billets sind zu haben: Joffenerstr. 17, Hof 4 Tr., bei Herrn Wulke und Lange-straße 69 bei Herrn Frahm.

— **„Freya“**, Gesangsverein der freireligiösen Gemeinde, veranstaltet am Sonnabend, den 25. d. M., Abends 9 Uhr, in Ahlgrimm's Salon, Sophienstr. 34, einen Wiener Maskenball. Billets à 50 Pf. sind zu haben bei den Herren Thader, Weberstr. 36 (Schaufgeschäfts); Suter, Oranienstr. 85 (Porzellengeschäfts); Tamm, Schlosser, Nussitenstr. 6, 4 Tr., und Wegner, Schuhmacher, Büdlerstr. 10, Hof 2 Tr.

— **Freireligiöse Gemeinde**, Rosenhallerstr. 38. Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, Vortrag des Herrn J. Wohl über „Einige Helden auf dem Felde werthvoller Liebe“. — Dienstag, den 28. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Röderstr. 117, Eingang Lettowstr. 38 (Köhler), Vortrag des Herrn Bogner über „Haben die freien Gemeinden Religion?“. Zu beiden Versammlungen Damen und Herren als Gäste willkommen.